

PROCESSED

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-0-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Verfuegungen und Mitteilungen (Bulletins) of the East German Ministry of Trade and Supply	DATE DISTR.	17 SEP 1957
		NO. PAGES	1
		REQUIREMENT NO.	RD
DATE OF INFO.		REFERENCES	25X1
PLACE & DATE ACQ.			25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

[redacted] bulletins issued for official use only by the Ministry of Trade and Supply:

- a. Annex 1. Verfuegungen und Mitteilungen des Ministerium fuer Handel und Versorgung, dated 9 February 1957.
- b. Annex 2. Verfuegungen und Mitteilungen des Ministerium fuer Handel und Versorgung, dated 16 February 1957.
- c. Annex 3. Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Handel und Versorgung, dated 23 February 1957.

(Three bound booklets)

25X1

-

25X1

C-0-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	X ARMY	X NAVY	X AIR	X FBI	AEC			
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")								

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 9. Februar

Nr. 6

ANWEISUNGEN

— 5500 — Berlin, den 23. Januar 1957

Anweisung Nr. 6/37

Führung von einfacher Kassenetzen und Kassenzetteln in den HO-Lebensmittelverkaufsstellen

Zur Wahrung des Käuferinteresses und um den Käufer in die Lage zu versetzen, die Bezeichnung der Verkäufer nachprüfen zu können, ist es erforderlich, ihm hierfür einen Beleg auszuhändigen. Um die Belange des Handels dabei zu berücksichtigen, kommt es hierbei dieser Beleg in einer einzigen Kassenzettel vorliegt.

Dieser Kassenzettel wird ohne Durchschrift ausgeschrieben und unterliegt keiner laufenden Nummerierung. Der Kassenzettel braucht keine Spalten- und Linienentstehung.

Aus den vorstehend aufgeführten Gründen wird für die HO-Lebensmittelverkaufsstellen angegeben:

1. In allen HO-Lebensmittelverkaufsstellen sind ab sofort obligatorisch einfache Kassenzettel auszuschreiben, mit denen Kunden auszuhändigen sind.

2. Ausnahmen bestehen:

a) Einzelverkäufe:

In diesen Fällen wird der einfache Kassenzettel nur auf Wunsch eines Käufers ausgeschrieben;

b) die Verkaufsstellen, in denen Registerkassen mit Einzel-Additions-Bonuswurf vorhanden sind. In diesen Verkaufsstellen ist der Bon der Käufer auszuhändigen;

c) Verkauf von Gemüse, Obst, Milch, Imbissen, Tabakwaren, Strickhäusern sowie Pfennigartikeln und unmittelbaren Münzbedarf;

d) Verkauf in Kiosken, Schnellimbissens, Probierstuben, Betriebsverkaufsstellen bei Verkauf von Münzbedarf;

3. Aus dem Kassenzettel muß u. a. die Verkaufsstelle, in der der Käufer jahrt wurde, erkennbar sein (Nummer der Verkaufsstelle usw.).

4. Zur Ermittlung der Umsatzaufstellung ist Verkaufskraft für die Prämienberechnung sind in den Ausnahmefällen, in denen kein Rechnungsfeld noch Einzelverkaufsstelle eineboni Kasseinrichtungen führen.

5. Die bisherige Ermächtigung der Direktoren, in Schwerpunkt-Verkaufsstellen die Führung von Kassenzetteln mit Durchschrift und Numerierung selbstständig zu entscheiden, bleibt bestehen.

Als einfaches Kassenzettel kann der Standardvordruck „Kassenzettel für Lebensmittel“ Bestellnummer 08102, Vordruck-Vertrieb Berlin, benutzt werden, jedoch ist Durchschrift zu fertigen.

Den Direktoren der HO-Lebensmittelbetriebe wird empfohlen, mit den einzelnen Produktionsbetrieben zu verhandeln, ob diese den HO-Lebensmittelverkaufsstellen Kassenzettel mit Werbeindruck kostenlose zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus kommen vom Vordruck-Leitverlag in Berlin einfache Kassenzettel (Blaue zu je 50 Stück), Bestellnummer 081018, benötigt werden. Bestellungen sind bis zum 25. Februar 1957 aufzugeben.

Die Ergänzung der Richtlinie zur Bekämpfung der Inventurdifferenzen, Warenverderb und Schwund im staatlichen Einzelhandel vom 1. Dezember 1955 („Verfügungen und Mitteilungen“ 1955 S. 315) hinsichtlich der „Kassenzettel für HO-Lebensmittelverkaufsstellen“ tritt hiermit außer Kraft.

Wach
Minister

— Verkauf u. Mittag. Min. f. H. u. V.

Heft 6/37 =

— 5240 — Berlin, den 29. Januar 1957

Anweisung Nr. 7/37

Wartung von Kühlanlagen und Kühlmöbeln

Der Ausfall und die Reparaturen von Kühlanlagen hatten ihre Ursache meist darin, daß die bei Kühlung erforderliche ständige Wartung zur Verhütung größerer Reparaturen nicht oder nur ungern durchgeführt wurde.

Deshalb hat das Ministerium für Handel und Versorgung mit der Zentrale des VEB Kühlhausbau Dresden folgenden Musterwartungsvertrag ausgearbeitet:

Vertretung über die Wartung von Kühlanlagen

Zweck dieses Vertrages ist, als Auftraggeber und dem VEB Kühlhausbau Dresden, Bestellnummer 08143, Breitscheidstraße 86, vertreten durch seine Außenstellen, ein Auftragnehmer wird hiermit folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Der Auftragnehmer überträgt und der Auftragnehmer übernimmt die Wartung der nahestehend aufgeführten Kühl-Anlagen.

§ 2

Der Auftragnehmer nimmt die Wartung durch malige Prüfung der im § 1 beschriebenen Kühlanlagen im Jahre durch seinen Beauftragten nach seinen Festlegungen in der Zeit vom bis in monatlichen Abständen vor. Die Wartung wählt.

Die Wartung umfaßt folgende Tätigkeiten:

- die funktionelle Überprüfung und Reinigung der kältetechnischen Anlage;
- die Abstellung von Funktionsstörungen an der kälte-technischen Anlage einschließlich Naturbedien- und Anlaufbedienung, sofern dies die Art und Stelle möglich ist und dafür im Einzelfall voraussichtlich keine höhere Rechnungsbasis als etwa 100 DM/Malzeit, insbesondere Auftragsreisekosten durch den Auftragnehmer;
- die Unterreichung des Auftragnehmers, sofern die Notwendigkeit für eine Reparatur der Anlage in der Werkstatt des Auftragnehmers vorliegt, damit er dem Auftragnehmer darüber einen Auftrag ertheilen kann;

Dieses Heft enthält das Stichwortverzeichnis für das IV. Quartal 1956

Aus technischen Gründen kann es nicht als Beilage geliefert werden

Termin

- d) schadensmögliche Abschaltung der dem Auftraggeber vom Auftraggeber zu meldegenden Funktionsstörungen an der Kühlranlage, soweit diese zwischen den Wartungsarbeiten eintreten.
- e) Ausführung und Miete des Auftraggebers zur ordnungsgemäßen Bedienung der Kühlranlage;
- f) Eintragung des Wartungsberichtes in das technische Begleitheft.

Die Wartung umfaßt nur den vom Auftraggeber geforderten Teil der Anlage. Mit der Behebung von Störungen an elektrischen Teilen der Kühlwasserleitung, den Beleuchtungen usw. wird der Auftraggeber einen örtlichen Instanzbeamten auftragen.

Der Auftraggeber tritt als Kunde, die durch die Ausübung des Wartungsdienstes gemäß § 2 entsteht.

Der Auftraggeber wird alle bei ihm anfallenden Kosten für Arbeits-, Material- und Dienstleistungen sowie entsprechende Zuschläge sowie Auslungräume sowie für Material auf gesetzliche Abrechnung und auf die Kosten des Auftraggebers in Rechnung stellen, und dieser wird die Bezahlung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen vornehmen.

§ 5
Der Auftraggeber verpflichtet sich, seine Mitarbeiter zu einer pflichtigen und ordnungsgemäßen Behandlung der Kühlranlagen anzuhalten. Desgleichen wird er dafür Sorge tragen, daß Reparaturen an der Anlage nicht durch andere als vom Auftraggeber bestellte Fachleute durchgeführt werden.

§ 6
Bestandteile sind dem Auftraggeber vom Auftraggeber unverzüglich, spätestens 15 Tage nach dem Wartungsbezug, zur Kenntnis zu bringen.

Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist der Standort der Kühlranlagen, für die Zahlungen des Auftraggebers Dresden. Als Gerichtsstand wird Dresden verabschiedet.

§ 7
Die Änderung oder Aufhebung des Vertrages muß schriftlich erfolgen.

§ 8
Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragspartner jeweils spätestens am 3. Januar für den folgenden 31. März gekündigt werden.

* * * * am * * * * am * * * *
(Auftraggeber) Stempel u. Unterschrift (Auftragnehmer) Stempel u. Unterschrift

Die Handelsbetriebe haben eine gründliche Überprüfung über die Zweckmäßigkeit des Abschlusses von Wartungsverträgen mit dem Auftragnehmer, der die vorgenannten Außenstellen des VEB Kühlkabinenbau Verträge abzuschließen, damit die Reparaturkosten gesenkt und der Verderb hoheitswichtiger Nahrungsgüter vermieden wird. Jedes Unternehmen ist verpflichtet, diesen Vertrag durch schriftliche Zustimmung zu erweitern.

Die in dem Vertrag § 2 (f) erwähnten technischen Begleithilfen werden auf Grund der Fortführung des Handels auf der Basis des § 10 Absatz 1 Januar 1957 mit den neuen Kühlkabinen obligatorisch geliefert. Für alle Kühlkabinen können diese technischen Begleithilfe vom VEB Kühlkabinenbau bezogen werden. Diese technischen Begleithilfen geben den notwendigen technischen Daten genügend Raum zur Eintragung der durchgeföhrten Wartungsreparaturen und Stillstandszeiten, so daß eine genaue Kontrolle über die Funktion des Kühlmöbelns ermöglicht werden kann. Möglicherweise die anfallenden Reparaturkosten einzutragen, ergibt gleichzeitig eine Übersicht über die Gesamtwartungs- und Reparaturkosten für jedes einzelne Kühlmöbel.

Der VEB Kühlkabinenbau hat seine Montage angekündigt, die Eintragung in die Begleithilfe vorzunehmen.

Die Handelsbetriebe sind verpflichtet, die Durchführung dieser Ausweisung zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß die Begleithilfe ausgewertet werden.

Diese Ausweisung hat das Ziel, eine umschlagsmäßige Behandlung der Kühlmöbel zu beseitigen.

Bormann
Stellvertreter des Ministers

- 4620 -

Berlin, den 1. Februar 1957

A n w e i s u n g N r . 8/57

zur Anordnung vom 15. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs, und des Großhandels mit Obst und Gemüse (GBl. I S. 09)

Beendigung der Tätigkeit der Kommunalen Großhandelsbetriebe und Übernahme der Aufgaben durch das GIK für Lebensmittel

Zur Durchführung der o. a. Anordnung wird im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, dem Staatssekretariat für Planung und dem Staatssekretariat für die Angelegenheiten der ostdeutschen Räte, dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf, dem Deutschen Notenbank und dem Zentralkomitee der Gewerkschaft Handel folgendes angewiesen:

I.

- In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1957 beenden die Kommunalen Großhandelsbetriebe ihre Tätigkeit. Sie geben die Aufgabe des Platz- und Empfangsbetriebes, mit dem sie zusammenhängt, des Aufkaufs aus den Niederlassungen des GIK für Lebensmittel ab. Die Handelsfähigkeit mit den übrigen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben geführten Sortimenten bleibt erhalten. Übernahme des Betriebes durch die Niederlassungen des GIK für Lebensmittel von den Kommunalen Großhandelsbetrieben in Abhängigkeit mit den Räten der Bezirke auf die das zuständige Großhandelsunternehmen hinzugeordnet den nachstehenden Bestimmungen zu übertragen. Der Handel mit Mundproduktion ist auch möglich, und die Handelsbetriebe werden zwingend, ist entschiedet der Rat des Bezirkes darüber, welches Organ die Versorgung mit den Waren der Mundproduktion durchzuführen hat.

- Mit dem Zeitpunkt der Beendigung der Tätigkeit der Kommunalen Großhandelsbetriebe, werden die Niederlassungen des GIK für Lebensmittel den Bediensteten, Streitigkeiten darüber, welche Niederlassung des GIK für Lebensmittel für einzelne Kommunale Großhandelsbetriebe die Rechtsnachfolge übernimmt, entscheidet über die Zuordnung an den Rat des Bezirks.

3. Die nächste Zeitung für die Übernahme Übergabe der Betriebsrechte und der Handelsaufgaben wird zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GIK für Lebensmittel im Einvernehmen mit dem Rat des Bezirkes festgestellt.

4. Zur Verteilung der Übergabe Übergabe ist zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GIK für Lebensmittel ein Plan der Maßnahmen aufzustellen, in dem alle notwendigen Vorbereitungen, termingebunden und Ablauf der Übergabe und Übernahme festgelegt sind. Die Übergabe bzw. Übernahmestandorte ist in ihren Einzelheiten zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Übergebenden und Übernehmenden rechtskräftig zu unterschreiben und in den nachfolgenden Stellen in je einer Anderungstafel spätestens innerhalb von 10 Tagen nach der vollzogenen Übergabe Übernahme zuzustellen:

- a) dem Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung sowie Abt. Finanzen —
- b) dem Rat des Kreises — Abt. Handel und Versorgung sowie Abt. Finanzen —
- c) der zuständigen Filiale der Deutschen Notenbank,
- d) der zuständigen Niederlassung des GIK für Lebensmittel.

II.

- Die kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, zusätzlich eine Ausfertigung des Kontrollberichtes per 31. Dezember 1956 einschließlich des Bereiches „Abt. Handel und Versorgung“ des Bezirks — Abt. Handel und Versorgung — zusammenzustellen. Der Rat des Bezirks — Abt. Handel und Versorgung — hat das Exemplar der zuständigen übernehmenden Niederlassung des GHK für Lebensmittel zu übergeben.
- Die kommunalen Großhandelsbetriebe stellen zum Zeitpunkt der Übergabe einen Kontrollbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen auf. Dieser Kontrollbericht ist eine Planauslage bezüglich des Kontrollberichts in folgenden Stellen zu übergeben:
 - Rat des Bezirks — Abt. Handel und Versorgung — sowie Abt. Finanzen,
 - Rat des Kreises — Abt. Handel und Versorgung — sowie Abt. Finanzen,
 - zuständigen Filialen der Deutschen Notenbank.
- Die Kontrollberichte der Kreis- und Kommunalen Großhandelsbetriebe per 31. Dezember 1956 stellen zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme die Grundlage für die Eröffnungsbuchung in den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel dar. Die Kosten der Übernahme sind aus dem Betriebsergebnis als Aufwand für die Übernahmekosten als auch für die Erfolgskosten zu buchen. Die Salden lt. Kontrollbericht der kommunalen Großhandelsbetriebe per Stichtag der Übergabe/Übernahme sind bei den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in laufender Rechnung zu buchen.

III.

- Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel führen nach erfolgter Übergabe/Übernahme die bisher von den kommunalen Großhandelsbetrieben ausgeübten Handelsfunktionen mit folgendem Sortiment weiter:

Schlüssel-Nr. II 300/60 Frischgemüse (einschl. Pilze)

- II 700 Frischobst (einschl. Wildfrüchte)
- II 16 100 Gemüse, Obst und Gemüse verarbeit.
- II 16 200 Süßmoste, Fruchtsäfte und Sirup
- II 11 100 Kartoffeln (nur Empfängs- und Platzgroßhandel)
- II 16 700 Eier
- II 16 381 Eierzeugnisse
- II 13 300 Naturkohle
- II 16 500 Übrige Nahrungsmittel
- II 280 Weihnachtsbäume

- Die in den Betrieben der kommunalen Großhandelsbetrieb beschäftigten Mitarbeiter sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel weitgehend zur Durchführung der übernommenen Handelsfunktionen einzusetzen.

Von dieser Übernahme ist zwischen den kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel festzuhalten, welche Mitarbeiter vom GHK für Lebensmittel zur Übernahme der Handelsfunktionen im öffentlichen mitzutun haben, daß ihr Arbeitsverhältnis durch die Übernahme der Rechtsfähigkeit durch die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel nicht berührt wird.

- Die Mitarbeiter der kommunalen Großhandelsbetriebe, die im eigenen Betrieb kein geeigneter Arbeitsplatz verhanden ist, sind in einer Aussprache darüber zu unterrichten, daß die Betriebsleistungen verpflichtet sind, alle Maßnah-

men zu treffen, um ihnen in Verbindung mit der Abt. Arbeit und Berufsausbildung und der Abt. Handel und Versorgung bei der Übernahme bei Kreis- und Bezirke einen zumindesten Arbeitsplatz nachzuweisen. In dieser Aussprache ist den Mitarbeitern anzuhören, sich ebenfalls um einen neuen Arbeitsplatz zu bemühen. Eine Kündigung ist erst dann anzuerkennen, wenn der betreffende Mitarbeiter nach Nachweis eines neuen Arbeitsplatzes ausscheiden kann.

Nach Möglichkeit sind bestehende Arbeitsverhältnisse im gesetzlichen Einvernehmen durch Aufstellungsverträge abzuschließen.

Nur in den Fällen, wenn Mitarbeiter unlogisch zu zumindesten Arbeitsplätze abwegen, kann das bestehende Arbeitsverhältnis gemäß den gesetzlichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen aufgekündigt werden.

In den Fällen, wo Mitarbeiter bis zum Abschluß der Übernahme keinen geeigneten Arbeitsplatz erhalten konnten, sind diese bis zum Nachweis eines zumindesten Arbeitsplatzes vorzeitig zu übernehmen.

Lehrlinge sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Abt. Arbeit und Berufsausbildung bei den Räten der Kreise ist hierzu zu unterrichten.

e) Werden Mitarbeiter der kommunalen Großhandelsbetriebe in den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in anderer als bisher ausüblichen Tätigkeiten eingesetzt, so sind die bisherigen Arbeitsverträge in einem Einvernehmen durch Änderungsvereinbarung unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen zu erläutern. Die Entlohnung dieser Mitarbeiter ist entsprechend den ausgewählten Tätigkeiten nach den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel angewandten Entlohnungsgrundlagen zu erfolgen. Deswegen Änderungsvereinbarungen sind auch dann abzuschließen, wenn eine Veränderung in der Tätigkeit, die keine Veränderung in der Entlohnung einträgt.

d) Wenn Mitarbeiter bestehender kommunaler Großhandelsbetriebe nicht in der Kreis- oder Bezirkseinheit übernommen werden, sondern ihre Tätigkeit in anderen Betrieben fortgesetzt wird, so sind die Arbeitsvertragsverhältnisse durch die kommunalen Großhandelsbetriebe durch Abschluß von Aufstellungsverträgen bzw. unter Beachtung der bestehenden Arbeitsverträge durch die Übertragung zu beenden. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel müssen in diesen Fällen neue Arbeitsverträge abschließen.

e) Die bisher in den kommunalen Großhandelsbetrieben eingewanderten Prämienysteme sind nach Übernahme der Aufgaben der kommunalen Großhandelsbetriebe durch die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu überprüfen. Bei dieser Überprüfung ist darauf zu achten, daß in den übernommenen und angewandten Prämienystemen das Leistungsprinzip im Ausdruck kommt.

Es wird erfordert, daß die Niederlassungen mit den hierzu betroffenen Mitarbeitern und den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen durch Prämienysteme, die bisher im GHK für Lebensmittel erfolgreich angewandt werden, zu erneutieren.

f) Besteheende Einzelverträge und Anredete auf eine zusätzliche Altersversorgung sind unter Vorbehalt der Zustimmung des Ministeriums für Handel und Versorgung, Bereich Staatlicher Großhandel und Versorgung, einzugehen. Dies ist umgehend über die Abteilungen für Handel und Versorgung der Räte der Bezirke beim Ministerium für Handel und Versorgung einzuholen.

IV.

Zur Vermeidung von Störungen in der Versorgung der Bevölkerung und zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Arbeitsablauses übernehmen die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel von den kommunalen Großhandelsbetrieben die entsprechenden Planstelle sowie Grund- und Umlaufmittel gemäß den nachstehenden Bedingungen.

1. Die kommunalen Großhandelsbetriebe haben alle bestätigten Planstelle sowie alle Planvorschläge einschließlich der Plananträge des Betriebes ab Anfang 1957, die die Übernahme des GHK für Lebensmittel zu übernehmen, soviel die Pläne sich auf die von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmenden Aufgaben beziehen. Die endgültigen Bezeichnungen der entsprechenden Planstelle des GHK für Lebensmittel werden nach Überprüfung durch den zuständigen Rat des Bezirkes bestätigt. Die kontrollierenden Organe der Deutschen Notenbank und von der Ausstellung der Pläne auf die neuen Betriebe zu informieren.
2. Vor der Übernahme durch das GHK für Lebensmittel sind den jeweiligen Niederlassungen die Unterlagen über die körperlichen Bestandsaufnahmen im Grundmittelbereich in Verbindung mit dem Anlagen- und Materialaufwand per 31. Dezember vorzulegen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel entscheiden in Verbindung mit dem Kommunalen Großhandelsbetrieb, ob am Stichtag der Übernahme des GHK für Lebensmittel nochmalige körperliche Bestandsaufnahme der Grundmittel erforderlich ist. Sämtliche Investitionsfrachten ab Planjahr 1957 sowie die Überhänge aus dem Vorjahr sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, dem GHK für Lebensmittel vor der Übernahme sämtliche vorliegenden Investitionsfrachten und Vorräte sowie die Finanzierungsmöglichkeiten vorzulegen, so daß diese, in der Lage ist, nicht benötigte Investitionsvorhaben rechtzeitig mit dem Rat des Kreises abzumelden.
3. Alle Warenstiente, Nahrungs- und Genußmittel (gemäß Sortimentsliste III/1) sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Übernahme dieser Waren erfolgt vom ECK gemäß Eingangsrechnung der kommunalen Großhandelsbetriebe. Die kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, per 31. Dezember 1956 über sämtliche Warenstiente, Vorräte und Finanzierungsmöglichkeiten vorzulegen, so daß diese, in der Lage ist, nicht benötigte Bestandsaufnahme durchzuführen.
4. Ergeben sich zwischen den Ist-Beständen der körperlichen Bestandsaufnahme und dem Ausweis der Warenbuchhaltung und Finanzbuchhaltung (Konto 170) Abweichungen, so ist die Niederlassung des GHK für Lebensmittel, die Investitionsfrachten, die Unterlagen der Warenbuchhaltung sowie die Finanzkonten (per 31. Dezember 1956) vorzuzeigen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel müssen schriftlich im Einvernehmen mit den kommunalen Großhandelsbetrieben, ob auf Grund der körperlichen Bestandsaufnahme per 31. Dezember 1956 ab Stichtag der Übergabe/Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme erforderlich ist.
5. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel übernehmen von den kommunalen Großhandelsbetrieben alle Forderungen und Verbindlichkeiten. Die kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, die Forderungen des GHK für Lebensmittel in einer Säkulentabelle mit den Verbindlichkeiten in einer Säkulentabelle mit folgender Untergliederung nachzuweisen:
 - a) fällig innerhalb der gesetzlichen Frist,
 - b) überfällig 18 bis 30 Tage,
 - c) überfällig 31 bis 60 Tage,
 - d) überfällig über 60 Tage,
 - e) zweifache Forderungen.

Behandlung wergeminderter Waren im staatlichen und genossenschaftlichen Handel (GBI, Teil I Nr. 67/53 S. 363) fallen von den kommunalen Großhandelsbetrieben, ebenso wie die Übergabe entsprechend der Anordnung abzuwerfen und zu Lasten des Ergebnisses zu buchen.

Hierfür zu bildende Abwertungskommissionen haben die Rechte und Pflichten, die einer Teilnahme eines Vertreters der zuständigen Niederlassung des GHK für Lebensmittel durchzuführen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel sind verpflichtet, einen möglichst schnellen Abschluß der Befindliche zu suchen. Die zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme im Rahmen des Planes unterwegs befindlichen Handelswaren sind beim Eingang von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen.

6. Materialbestände sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zum preisrechtl. zulässigen Einkaufspreis zu übernehmen. Bei wergeminderter Gelegenheit hat die Übernahme auf Grund geistiger Eigentumsrechte zum Zeitpunkt zu erfolgen. Auch bei den Materialbeständen haben die kommunalen Großhandelsbetriebe per 31. Dezember 1956 die körperliche Bestandsaufnahme vorzulegen. Diese ist mindestens mit dem Materialkartei und dem Sachkonto „Hilfsmaterial“ abzustimmen. Bei der Übergabe/Übernahme ist von dem kommunalen Großhandelsbetrieb, soweit der Niedersatz des Wertes der Leistungswert auf Grund der körperlichen Bestandsaufnahme in Verbindung mit der Materialkartei und dem Ausweis in der Finanzbuchhaltung ein klarer Nachweis zu führen. Von dem Niedersatz des GHK für Lebensmittel ist zu übernehmen, ob auf Grund der Abwertung der körperlichen Bestandsaufnahme im Einvernehmen mit dem kommunalen Großhandelsbetrieb festgelegt, ob bei der Übergabe/Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme erforderlich ist.

7. Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Lieferanten über Verpackungsmittel sind laut Saldenbestätigung, die von den kommunalen Großhandelsbetrieben eingeholt ist, von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Dabei erfolgt die Übernahme der eigenen Verpackungsmittel der kommunalen Großhandelsbetriebe zum Weltwert. Die Rückführung der Verpackungsmittel ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen.

Die kommunalen Großhandelsbetriebe haben per 31. Dezember 1956 eine Aufnahme der Verpackungsmittelbestände vorzulegen, nach freiem oder eigenem Verpackungsmittel vorzulegen. Die festgestellten Lagerbestände und die Saldenbestätigungen sind mit dem Verpackungsmittelnachweis und dem Sachkonto „Verpackungsmittel“ abzustimmen. Es kann geringe Differenzen sowohl bei eigenem als auch bei fremdem Leerzug, sind sofort ergebniswirksam zu buchen. Auch bei Verpackungsmitteln entscheidet die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel im Einvernehmen mit den kommunalen Großhandelsbetrieben, ob auf Grund der Auswertung der Leergrünturkett per 31. Dezember 1956 am Stichtag der Übergabe/Übernahme eine nochmalige Bestandsaufnahme erforderlich ist.

8. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel übernehmen von den kommunalen Großhandelsbetrieben alle Forderungen und Verbindlichkeiten. Die kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, die Forderungen des GHK für Lebensmittel in einer Säkulentabelle mit den Verbindlichkeiten in einer Säkulentabelle mit folgender Untergliederung nachzuweisen:

- a) fällig innerhalb der gesetzlichen Frist,
- b) überfällig 18 bis 30 Tage,
- c) überfällig 31 bis 60 Tage,
- d) überfällig über 60 Tage,
- e) zweifache Forderungen.

Für die als überfällig und zwecklos ausgewiesenen Forderungen ist ein einzelnen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben eine ausführliche Begründung zu geben. Die Forderungen und Verbindlichkeiten sind durch Saldenbestätigungen zu belegen.

Uneinbringliche Forderungen sind durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe bereits per 31. Dezember 1959 entgangen. Die entsprechenden Bestimmungen zu behaufen (s. Anweisung Nr. 44/32 des Ministeriums der Finanzen, veröffentlicht in DPMF 4/32).

Für die Abwicklung sämtlicher Debitor- und Kreditorverhältnisse der Kommunalen Großhandelsbetriebe sowie für die Bemänglung der noch evtl. vorhandenen Differenzen und schwiebigen Vorgänge sind je nach Umfang des Arbeitsaufwands von den Kommunalen Großhandelsbetrieben besondere Mitarbeiter einzusetzen. Diese Arbeitskräfte sind nach der Zustimmung des Rates des Bezirkes unter Anlegung eines strengen Maßstabes zusätzlich befähigt.

Alle Bankkredite und alle Umlaufmittel gehen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben auf die übernehmenden Großhandelsbetriebe über.

Diese treten in die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben mit den Deutschen Notenbank geschlossene Vereinbarung über die Finanzierung von Übergangs- und Überplanbeständen ein. Zur Finanzierung bisher nicht kreditierter Überplanbestände, die von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel und deren Abteilungen, finanziert durch die Deutsche Notenbank und die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel Kreditverträge über Sonderkredite mit genauen Abnahmen abgeschlossen werden, ist der Kreditvertrag von den Räten der Bezirke, Abteilung Handel und Versorgung, mitzuteilen.

Für die Anschaffung der Mittel für eventl. eingesetzte außerplanmäßige Verluste bis 31. Dezember 1959 steht dem Kreises zuständig, darunter der Rat des Bezirks.

8. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, mit den Lieferanten und Abnehmern auf der Grundlage der gegebenen Pläne termingerecht die erforderlichen Verträge abzuschließen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel tragen in diese Verträge ein.

Die Vertragskontrahenten der Kommunalen Großhandelsbetriebe sind durch ein Schreiben, das sowohl

von den Kommunalen Großhandelsbetrieben als auch von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu unterschreiben ist, über den Partnerwechsel zu unterrichten.

Verträge, die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben mit Erzeugern abgeschlossen wurden, die während der Niederlassungen der übernehmenden Niederlassung ihren Sitz haben, werden von der übernehmenden Niederlassung der am Sitz des Erzeugers zuständigen Niederlassung übergeben.

9. Besteheende Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge sind durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme der im Kontrollregister ausgewiesenen Bestände des D-Fonds, des Fonds für Generalreparaturen und sonstiger Fonds sind den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übertragen.

10. Die zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme in den Kommunalen Großhandelsbetrieben vorhandenen und im Kontrollregister ausgewiesenen Bestände des D-Fonds, des Fonds für Generalreparaturen und sonstiger Fonds sind den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übertragen.

V.

1. Die Direktoren der Kommunalen Großhandelsbetriebe haben die Löschung ihrer Betriebe im Handelsregister unter Hinweis auf die im Gesetzblatt veröffentlichte Auflösung der Kommunalen Großhandelsbetriebe zu beantragen.

2. Die Direktoren der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel und deren Abteilungen können die Löschung ihrer Betriebe im Handelsregister unter Hinweis auf die im übrigen die Berichtigung der Eintragung im Handelsregister unter Hinweis auf die Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und der Großhandels mit Obst und Gemüse zu beantragen.

VI.

Für die Durchführung der Übergabe/Übernahme und für die Einhaltung der in dieser Anweisung festgelegten Grundsätze sind die Leitungen der Kommunalen Großhandelsbetriebe und der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel sowie die Abteilungen für Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und Bezirke verantwortlich.

Wach
Minister

RICHTLINIEN

— 4630 —

Berlin, den 1. Februar 1957

Richtlinie

zur Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 (GBL I S. 60)

Es werden in ca. 195 Land- und Stadtkreisen der DDR „Spezialhandelsbetriebe“ oder „Branchenbereiche“ für Obst und Gemüse gebildet.

A. Die Spezialhandelsbetriebe und Branchenbereiche haben folgende Hauptaufgaben:

1. Auf der Grundlage der staatlichen Pläne für Erfassung und Aufkauf von Obst und Gemüse und der Direktionsaufgaben wird über die Herstellung landwirtschaftlicher Produkte mit den Gemüse- und Obstbauern Verträge abzuschließen;
2. in den Gemeinden, Städten und Kreisen der Republik die Erfassung und den Aufkauf von Obst und Gemüse durchzuführen;

3. zur Belieferung des staatlichen und privaten Einzelhandels sowie zur Versorgung der Großverbraucher und Belieferung der Be- und Verarbeitungsbetriebe des Markt-, Empfangs- und Platzgroßhandels mit Obst und Gemüse zu organisieren sowie den Empfangs- und Platzgroßhandels mit Kartoffeln durchzuführen;
4. durch die Anwendung des Vertragsystems mit den Erzeugern und den Abnehmern auf die Steigerung der Mengen, Qualität und Verarbeitung der Sortimente und Qualitäten einzuwirken sowie die Erfassungs- und Aufkaufpläne im Rahmen der Betriebspolitik zu erfüllen;
5. zwischen Großerzeugern (Volkseigenen Gütern, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und anderen Spezialbetrieben) um Großverarbeitern, Großküchen, Be- und Verarbeitungsbetrieben und Verkaufsstellen des Einzelhandels den Direktbezug vermitteln;
6. die Erzeuger entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bezahlen;

7. durch ständige Auswertung der Bedarfsermittlung in Abstimmung des jeweiligen Abnehmernas von den Bezirksverwaltungen zur Fristabklärung und Einholung einzuwirken.

8. Der Aufkauf von Obst und Gemüse ist dem Spezialhandelsbetrieb und den Branchenbereichen nur im eigenen Kreisgebiet gestattet. Die geltenden Bestimmungen über die Handelsfähigkeit der Konsumgenossenschaften und des privaten Groß- und Einzelhandels werden durch diese Richtlinie nicht berührt.

9. Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Vorrangstellung der Großhandelskontore sind die Märkte und Städten die Lagerhaltung von Obst und Gemüse durchzuführen. Außerdem sind entsprechend den Erfordernissen Reisekassen für Süßfrüchte (Bananen und Zitrusfrüchte) zu unterhalten.

B. Glidderung der Branchenbereiche und Spezialbetriebe:

1. Entsprechend dem Aufkommen an Obst und Gemüse ist in den Gemeinden und Städten ein breites Netz von Obergrenzzustellen und weitgehend auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen mit Betriebsräten der BHG und der VEAB und Aufkaufkontoren der Konsumgenossenschaft zu organisieren.

Darüber hinaus sind auch Verträge mit weitgestreuten Einzelhändlern und -Güterwarenhändlern, in größeren Orten und in den Anbaugebieten sind Erfassungsstellen mit Lager- und Transportgeschäften zu unterhalten.

2. Für die Bezahlung der Erzeuger und für Rechnungslegung ist eine Fakturierung mit Kasse einzurichten.

Die Handelsfähigkeit (Vertragsabschluß mit Erzeugern, Abnahmern, Festlegung des hinzunehmenden Warenwertes, Warenannahme und Verkauf) wird durch Dispositionsgruppen, denen auch die Aufkäufer unterstellt sind, organisiert.

Der Transport und die Lagerwirtschaft einschließlich der Koordinierung der Lager- und Transportaufgaben ist den Dispositionsgruppen von der Gruppe Lager und Transport durchgeführt.

3. Der Branchenbereich unterscheidet einen besonderen Handelsleiter. Er ist für die gesamte Organisation und die Handelsfähigkeit verantwortlich.

C. Arbeitsweise der Branchenbereiche und Spezialhandelsbetriebe:

Die Aufnahme und Erfassungsfähigkeit der Spezialbetriebe und der Branchenbereiche ist so zu organisieren, daß die Verkaufsstellen des Einzelhandels vor Verkaufsbeginn mit frischen Obst und Gemüse beliefert werden. Mit den Erfassungsstellen müssen über die erforderlichen Anleitungen zu treffen.

Der Transport für den Übergrößenhandel und überbezirklichen Ausgleich hat möglichst nichts zu erfolgen.

Auf der Grundlage der vom Ministerium für Handel und Versorgung in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf aufgestellten Bildungsbasis für Liefer- und Empfangsbilanz für den überbezirklichen Ausgleich durch das Ministerium für Handel und Versorgung aufgestellt. Dabei ist das Eigenaufkommen mit dem Import zu koordinieren.

Zur Sicherung der Erfüllung und Überwendung der Werbeaufgaben des Bereichs "Obst und Gemüsehandel" Vermittlungen und Dispositionen für den überbezirklichen Ausgleich in Verbindung mit der Abwicklung der Importe durch.

Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke stellen gemeinsam mit den Abteilungen

für Erfassung und Aufkauf die Bilanz für den Bezirk auf und erzielen die Liefer- und Empfangsbilanz für den überbezirklichen Ausgleich aus.

Die Vermittlung und Disposition für den überbezirklichen Ausgleich in Verbindung mit der Abwicklung der Importe wird von den Spezialhandelsbetrieben der Bezirkshauptstädte durchgeführt.

Bei der Durchführung des überbezirklichen und überbezirklichen Ausgleichs gilt der Grundsatz: „Ausführbarer Einheitsausgleich“.

Zur Herstellung hochwertiger Konserver ist die Industrie mit einwandfreier Qualität zu beliefern. Darüber hinaus sind auch mit der örtlichen Industrie Verträge über Lohnarbeit abzuschließen, um jeden Verlust zu vermeiden und alle örtlichen Reserven auszunutzen.

W e h
Minister

= Verp. u. Mittg. Min. f. H. u. V. Heft 6/37 -

- 1400 — Berlin, den 2. Februar 1957

Richtlinie

für das Einfließen der wirtschaftlichen Ergebnisse der Großhandelskontore für Lebensmittel (außer Großhandelskontor O.-" und Gemüse-Leithandel, Berlin) sowie der Kommunalen Großhandelsbetriebe in den Haushalt der Räte der Bezirke ab 1. Januar 1957

In Durchführung der Anordnung über die Verwendung der überbezirklichen Aufgaben des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 wird in der nachstehenden Richtlinie der Verfahrensweise für die Finanzierung des GHK Lebensmittel und der Kommunalen Großhandelsbetriebe und für die Abrechnung ihrer wirtschaftlichen Ergebnisse gegenüber dem Haushalt festgelegt.

I. Allgemeines

Ab 1. Januar 1957 gehen die wirtschaftlichen Ergebnisse der Niederlassungen der Großhandelskontore für Lebensmittel bzw. der Großhandelskontore für Lebensmittel; Großhandelskontore für Lebensmittel, Obst und Gemüse sowie Großhandelskontore für Obst und Gemüse und der Kommunalen Großhandelsbetriebe in vollem Umfang in den Bezirkshaushalt ein, zu dessen Lasten die Deckung der planmäßigen Ausgaben erfolgt. Der Haushaltsplan des Bezirkes erweitert sich um das Kapitel 26/1 mit folgenden Positionen:

E i n a h a m e n :

- Nettogewinn,
- planmäßige Umlaufmittelabführung,
- Amortisationsanteile, die von den Betrieben nicht für die planmäßige Zuführung zu den betrieblichen Fonds benötigt werden,
- Sanitäts.

A u s g a b e n :

- planmäßige Verluststützung einschließlich D-Fonds-stützung für Betriebe mit geplantem Verlust,
- planmäßige Umlaufmittelabführung,
- planmäßige Zuschüsse für Investitionen und Generalsanierungen.

II. Finanzierung

- Auf dem Gebiet der Finanzierung übernehmen die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke ab 1. Januar 1957 die Aufgaben, die z. Z. von der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel und von den Abteilungen Handel

und Versorgung bei den Räten der Kreise für den Kommunalen Großhandel durchgeführt werden. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise sind dafür verantwortlich, dass:

- für den Einzug der von den Betrieben an die Abteilung Handel und Versorgung abfließenden Nettoeinnahmen und ihre termingerechte Weiterleitung an den Bezirkskassenhaushalt,
- bei dem Einzug der planmäßigen Umlaufmittel-Aufbringungen die Weiterleitung an den Bezirkskassenhaushalt, sofern keine Vorräte aus diesen Mitteln zur Deckung von Umlaufmittel-Verhältnissen planmäßig vorgesehen ist,
- für den Einzug der ihres laut Plan zustehenden Anteile an den Umlaufmitteln,
- für die Zuführung der planmäßigen Verluststützungen entsprechend der 1. Ergebnisse,
- für die Zuführung der planmäßigen Umlaufmittel,
- für die Zuführung der planmäßigen Investitionen und Generalsanierungen.

Der Einzug der Steuereinnahmen unterliegt der Zuständigkeit des Untersekretärs Abgaben der Räte der Kreise.

- Über die Abwicklung des bei der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel geführten Umverteilungskontos Investitionen ergibt besondere Anweisung.
- Über die Finanzierung der Investitionen und Generalsanierungen für das Jahr 1957 ergeht eine besondere Richtlinie des Ministeriums der Finanzen.

- Das bei der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel — Nebenanlagen — Generalreparaturen — Nebenanlagen — ist per 31. Dezember 1956 aufzulösen und entsprechend der Abführungen der Niederlassungen und der in Anspruch genommenen Mittel auf die Räte der Kreise aufzuteilen.

Die Konkurrenz des in Frage kommenden Kontos ist von den Räten der Bezirke der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel mitzutunellen.

- Um die ordnungsgemäße Finanzierung der Betriebs sicherstellen, ist von der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise ein monatlicher Kassenplan einzufeststellen, welcher der Abteilung Finanzen beim Rat des Bezirkes einzureichen ist. Der Kassenplan wird durch die Abteilung Finanzen erstellt und dient als Grundlage für die Zu- und Abführung von Mitteln an den bzw. durch den Bezirkskassenhaushalt.

- Von der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise sind nachstehende Konten bei der Deutschen Notenbank zu führen:

- Konto Nr. 104 ... „Ergebniskonto“
Dieses Konto dient der Aufnahme der Nettoeinnahme der Betriebe und zur Ausrechnung der planmäßigen Verluststützungen an die Betriebe.
- Konto Nr. 105 ... „Umlaufmittelkonto“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der planmäßigen Abflüsse der Nettoeinnahmen der Umlaufmittel der Betriebe sowie zur Zuführung der planmäßigen Umlaufmittel-Ausstattung.
- Konto Nr. 107 „Verzugs- und Verspätungskonto“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der den Betrieben auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen berechneten Verzugs- und Verspätungszuschläge auf Nettoeinnahmeführungen.

- Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise ist dafür verantwortlich, dass Bestände auf den Ergebniskonten per Ultimo jeden Monats zugunsten des Bezirkskassenhauses abverfüllt werden.

- Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke hat bis zum 5. jeden Monats eine Abrechnung der Ergebniskonten an die Abteilung Finanzen des Rates des Bezirkes einzureichen.

III. Behandlung des Überhangs 1956 in 1957

Alle laut Kontrollbericht per 31. Dezember 1956 ausgewiesenen Forderungen der Verbraucher aus Nettoproduktion und planmäßiger Verluststützung einschließlich D-Fonds-Stützung werden von der Verwaltung der Niederlassungen des GHK Lebensmittel sowie von den Räten der Kreise abgewickelt. Abrechnung erfolgt bis zum 15. Februar 1957 beim übergeordneten Finanzorgan.

Die Mittel zum Ausgleich der Forderungen aus außerplanmäßigen Verluststätigkeiten und außerplanmäßigen D-Fonds-Stützungen werden den Räten der Bezirke für die GHK Lebensmittel nach Beschlussfassung durch den Ministerrat zugeleitet. Es ist nicht gestattet, Rückflüsse aus planmäßigen Verluststützungen und D-Fonds-Stützungen 1956 zur Finanzierung außerplanmäßiger Verluste und außerplanmäßiger D-Fonds-Stützungen zu verwenden.

IV. Umlaufmittelreservefonds

- Das Ministerium für Handel und Versorgung überträgt am 1. Januar 1957 den auf die Räte der Bezirke — Abt. Handel und Versorgung — entfallenden Teil des kontinuierlich umlaufenden Umlaufmittelreservefonds. Der den Räten der Bezirke zu übertragende Fonds beträgt 2 % der planmäßigen Umlaufmittel des Jahres 1956 der Niederlassungen des GHK Lebensmittel. Bei Ausrechnung der planmäßigen Umlaufmittel-Ausstattung müssen entsprechende Berichtigungen vorgenommen werden.
- Bei Übernahme der kommunalen Großhandelsbetriebe durch die Räte der Bezirke haben die Räte der Kreise den planmäßigen Umlaufmittelkontofonds der Großhandelsbetriebe in voller Höhe (100 %) zu übergeben.
- Über die Bildung und Verwendung der Reservefonds gelten die den Räten der Bezirke bereits bekannten gegebenen Richtlinien.
- Die Verwendung der überplanmäßige erzielten Gewinne erfolgt nach den für die örtliche volksseigene Wirtschaft geltenden Bestimmungen.

- Unabhängig davon, daß der Leiter der Abteilung Handel und Versorgung die Rahmen der Kontrollberichte verfügt, ist bei Bedarf über die Verwendung des Reservefonds bzw. Sonderfonds abzulegen, hat monatlich eine Abrechnung der Fonds gegenüber der Abteilung Finanzen beim Rat des Bezirkes zu erfolgen. Die Abrechnung der Abrechnung wird durch die Abteilung Finanzen der Räte der Bezirke festgelegt.

V. Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel, Berlin

- Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel führt den im Planjahr erwirtschafteten Nettoproduktionen des Ministeriums für Handel und Versorgung direkt an dessen Konto Nr. 104/205 DN Berlin ab. Planmäßige Verluste und D-Fonds-Stützungen werden vom Ministerium für Handel und Versorgung zugeführt.
- Eine erforderliche Bezeichnung des Umlaufmittelkontos ist P 105 wird vom Ministerium für Handel und Versorgung vorgenommen.
- Die Zuführung der Mittel für planmäßige Investitionen und Generalsanierungen erfolgt durch das Ministerium für Handel und Versorgung.
- Überhänge in 1957 werden durch die Verwaltung des GHK Lebensmittel analog dem bereits im Abschnitt III Gesagten berechnet.

W a e h
Minister
Mitgl.
Vfg. u. Minstr.
Min. f. H. u. V.
Herr E. S. -

— 3150 —

Berlin, den 4. Februar 1957

Abländerung

der Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplans 1957 — Plantel Warenumsatz, Warenbereitstellung, Handelsnetz, Investitionen — vom 16. Dezember 1956

(Verfügung und Mitteilungen Nr. 32/56)

Betr.: Zentralgeplante und zentralgeleitete HO-Betriebe

Im Punkt A III a der o. a. Richtlinie ist für die zentralgeleiteten Betriebe und im Punkt A VII für die zentralgeplante Betriebe des staatlichen Großhandels festgelegt, daß diese Betriebe über die Realisierung der zentralverteilten und geleichten Fonds selbst verantwortlich sind, auch wenn Teile dieser Warenfonds über den staatlichen Großhandel bezogen werden. Diese Abläufe führt in der Praxis zur Benachteiligung dieser Handelsbetriebe gegenüber den HO-Kreisbetrieben.

In Abländerung der o. a. Richtlinie wird daher bestimmt:

1. Die Betriebe der zentralgeplanten Handelsysteme HO-Warenamt und HO-Vertrieb

sowie die zentralgeleiteten Betriebe

HO Warenhäuser (Z) und

HO Gaststätten (GZ)

gewährleisten, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches nach Bedarf über den staatlichen Großhandel und Direktbezirk auf. Sie geben den Teil, den sie über den staatlichen Großhandel beziehen wollen, an die zuständige Niederlassung des staatlichen Großhandels.

2. Der dem staatlichen Großhandelsorganen von den Betrieben der HO-Warenamt und HO-Vertrieb und den zentralgeleiteten HO-Betrieben übergebene Teil des zentralverteilten und geleichten Fonds gilt für die staatlichen Großhandelsorgane als staatliche Planaufgabe, für deren Realisierung sie verantwortlich sind.

3. Der verbleibende Teil, den die Betriebe der HO-Warenamt und HO-Vertrieb und die zentralgeleiteten HO-Betriebe direkt von der Produktion beziehen, gilt für diese als staatliche Planaufgabe.

Stellvertreter des Ministers

I. V.: D. Uhlmann

Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

PRESDIENST— 3660 — Preisbewilligung Nr. IV/3/57
für Perlonfertapparate

Für die vom VEB Halbmond, Oelsnitz, entwickelten Perlonfertapparate Axminster (Gondau) und Turnay (Rubin) werden folgende Preise und Nomenklaturnummern festgesetzt:

Artikel	Nomenklatur-Nr.	IAP	GHS	EHS	EVP	ME
Gondau	4252-73-001	65,16	4,44	7,40	74,—	qm
10 Chenille			(= 6 ½ %)	(= 10 ½ %)		
MZ: 100 %						
Perlon						
Rubin	4251-73-001	15,60	3,60	8,—	90,—	qm
25 Ruten	*		(= 8 ½ %)	(= 10 ½ %)		
10 Chenille						
MZ: 100 %						
Perlon						

Erläuterungen:

1. Die 5. und 6. Stelle der Nomenklaturnummer besagt nicht mehr die verschlüsselte Verbrauchsangabe, sondern mit der Nr. 73 wird ein Perlonfertapparat bezeichnet.
2. Die 7. bis 9. Stelle besagt nicht mehr den verschlüsselten EHAP, sondern ist nur eine Ordnungsnummer.
3. Aus diesem Grunde wird die Handelsspanne in Prozent vom EVP festgesetzt, und zwar die Großhandelsspanne 8 ½ %, die Einzelhandelsspanne 10 ½ %.
4. Die Abkürzung MZ: bedeutet Material Zusammensetzung.

**Preisbewilligung Nr. I/VII/56/80
vom 20. Dezember 1956**

für Vergrößerungsapparat Manufac II ohne Kassette

Hersteller: VEB Aspekte, Dresden

EVP	144,— DM
EHS	40,76 DM
GAP	205,24 DM
GHS	26,74 DM
IAP	176,50 DM

Berlin, den 29. Januar 1957

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/84

vom 28. Dezember 1956

für Musikschrank „Caruso II“ mit „Rienzi I“ und dreistufigem Plattenspieler

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Stadtfurt

EVP	120,— DM
EHS	144,— DM
GAP	195,— DM
GHS	96,— DM
IAP	96,— DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/85

vom 20. Dezember 1956

für Aufsteigerstärker „AV I“

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Rochlitz

EVP	75,— DM
EHS	9,— DM
GAP	6,— DM
GHS	6,— DM
IAP	6,— DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/5

vom 23. Januar 1957

Hersteller: VEB (K) Elektronik Plauen (Vogtl.)

für Blitzgerät „Micky“ ohne Einzelteile

EVP	189,— DM
EHS	27,88 DM
GAP	161,12 DM
GHS	18,29 DM
IAP	142,92 DM

Netzteil für Blitzgerät „Micky“

EVP	30,— DM
EHS	27,88 DM
GAP	35,— DM
GHS	3,28 DM
IAP	21,74 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/7
vom 17. Januar 1957

für Theaterglas „Puck“ vergoldet
Hersteller: Carl Ruhnke, Rathenow

EVP	65,— DM
EHS	9,80 DM
GAP	55,20 DM
GHS	6,88 DM
IAP	48,52 DM

Tasche für Theaterglas „Puck“

EVP	6,— DM
EHS	0,74 DM
GAP	5,26 DM
GHS	0,48 DM
IAP	4,80 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/10

vom 23. Januar 1957

für Theaterglas „Theaterstar“ beleidert (Gütekategorie S) ohne
Behälter

Hersteller: VEB Rathenow Optische Werke

EVP	88,80 DM
EHS	8,97 DM
GAP	80,53 DM
GHS	6,11 DM
IAP	44,42 DM

Theaterglas „Theaterstar“ vergoldet (Gütekategorie S) ohne
Behälter

EVP	88,— DM
EHS	14,77 DM
GAP	85,23 DM
GHS	10,08 DM
IAP	73,17 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/8

vom 15. Januar 1957

für Großspur „Beethoven II“ mit Ferrittonnen

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Roditz

EVP	918,— DM
EHS	119,18 DM
GAP	807,84 DM
GHS	73,44 DM
IAP	734,40 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/15

vom 23. Januar 1957

für Precisa II mit Meristar 3,5/15, Binorverschluß verchromt

Hersteller: Kamerawerk Woldemar Beier, Freital 2

EVP	61,— DM
EHS	14,56 DM
GAP	70,44 DM
GHS	10,91 DM
IAP	60,42 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/19

vom 25. Januar 1957

für Musikschrank „Cortese I“ mit „Moment I“, ohne
Plattenspieler

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Stäffelf

EVP	1218,— DM
EHS	145,80 DM
GAP	1069,20 DM
GHS	97,20 DM
IAP	972,— DM

MITTEILUNGEN

— 5913 —

Berlin, den 2. Februar 1957

Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

In Abstimmung mit der Deutschen Notenbank ist der Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“ verbindlich festgelegt worden. Die Filialen der Deutschen Notenbank sind angewiesen, auf die richtige Abrechnung zu achten.

Entgegen des Anweisungsblattes (Musterblatt Nr. 2, Mitteilung Nr. 10, Abschnitt III, Position 4) und der Mitteilung über die Behandlung von noch nicht durch die Sparkasse kreditierten Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft zwingend Monatsabschluß vom 17. Dezember 1956 (Musterblatt Nr. 10, Mitteilung Nr. 12/56 S. 345) wird folgende Änderung getroffen:

Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft, die zum Monatsabschluß bestehen und noch nicht durch die zuständige Sparkasse kreditiert sind, müssen im Abschnitt A unter „Kredit“ in den Darunter-Positionen der Kreditkarte Verrechnungsdokumente aus Teilzahlungsgeschäft“ ausgewiesen werden. Dabei erkennt die Deutsche Notenbank nur die Erlöse der letzten zwei Tage an,

Die „Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft“ im Kontrollblatt und die „Überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft“ im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“ werden in der Zeile 31 eingesetzt. In die Zeile 32 wird in der ersten Betragsspalte der Betrag der in der Zeile 8 stehenden „noch nicht kreditierten Verrechnungsdokumente aus Teilzahlung“ übernommen und von der Zeile 31 abgezogen. Der gleiche Betrag wird in der Addition in die zweite Betragsspalte eingesetzt. Die Zeile 33 „Überfällige Forderungen“ nimmt gleichzeitig die überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft auf. Diese ist in der ersten Position der schraffierten Spalte mit „Textseite einzusetzen.“

Die Zeile 37 — Kredite für Teilzahlungsverfahren — und Zeile 38 — Abgerentete Kreditsatzsätze — bleiben unverändert. In der ersten Betragsspalte der Zeile 37 ist lediglich der überfällige Kredit aus Teilzahlungsverfahren als Darunter-Position zur zweiten Betragsspalte nachzuweisen.

Es muß jetzt Übereinstimmung bestehen zwischen dem Saldo der Zeile 37 mit der Zeile 37 zusätzlich der Zeile 38, d.h. der Darunter-Position der Zeile 37 mit der Darunter-Position der Zeile 37 Übereinstimmen. Großhandelskontore, die private Kommissionshändler führen, verfahren analog dieser Regelung.

**Verfügungen und Mitteilungen
des Ministeriums
für Handel und Versorgung**

STICHWORTVERZEICHNIS

IV. Quartal 1956

Heft Nr. 20 bis Nr. 33/56 (6. Oktober bis 22. Dezember 1956)

Herausgegeben vom Ministerium für Handel und Versorgung

Berlin 1957

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung**Stichwortverzeichnis**

IV. Quartal 1956

Die Zahlen am Schluß jeder Angabe bedeuten: Heft-Nr./Seite

A	
Abrechnung	
— Abrechnung von „Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren“ und „Tierische Fette“	23/244
Ambulanter Handel	
— Abrechnung des ambulanten Handels	21/217
Anzahlungen	
.....	21/217
	23/230
Ausleihdiensst	
— Ergänzung zur Anweisung Nr. 23/56	21/213
Ausleihware	
— Finanzierung der Ausleihware	30/290
Anstellungen	
— siehe Menschen	
B	
Batterien	
— Kraftfahrzeugbatterien	21/217
Bauernmarkt	
— siehe Kommissionshandel	
Bedarfsforschung	
— Anweisung Nr. 39/56 — Berichterstattung	
— Bedarfsforschung III/1956	22/230
Berichterstattung	
— Berichterstattung EÜCK (Erfassung nach Umsatzgrößenkatalogen) der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik	22/233
— Richtlinien zur Planabrechnung und Berichterstattung 1957	30/289
— Berichterstattung der Warenauslieferung an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe — ohne HO-Vertrieb und HO-Warenhäuser	30/296
Berichtswesen	
— Anweisung Nr. 40/56 — Durchführung der Verordnung über das Berichtswesen in der DDR vom 20. Juli 1956	24/248
Berufswettbewerb	
— Aufruf für den Berufswettbewerb der deutschen Jugend	28/274
— Richtlinie für den Berufswettbewerb der deutschen Jugend 1957 in den Betrieben des staatlichen und genossenschaftlichen Groß- und Einzelhandels	28/275
Bestandsaufnahmen	
— Gemeinsame Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volksseitigen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden	32/315
C	
Betriebsplan	
— Finanzierung und Abrechnung von Maßnahmen, die im Betriebsplan nicht vorgesehen sind	23/243
— Richtlinie zum Betriebsplan des staatlichen Betriebes — „Praktizität, Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn“ und „Berufsausbildung“	31/301
Betriebsplanverschlag	
— Betriebsplanverschlag HO 1957	21/218
Bettfedern	
— Anweisung Nr. 37/56 — Kleidmengenzuschlag für füllfertige Bettdecken	21/213
D	
D-Fonds	
— Berechnungsgrundlage für die Zuführung zum D-Fonds 1956 für hauptamtliche Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen	23/245
— D-Fonds-Bildung und Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal für das III. und IV. Quartal 1956	25/259
— D-Fonds-Bildung und Prämienzahlung für das III. und IV. Quartal 1956	28/280
Direktorfonds	
— Behandlung der Direktorfonds-Rückbildung	22/233
— Direktorfondsbildung und Quartalsprämienermittlung	31/310
Drukgenehmigungen	
— Anträge für Druckgenehmigungen	24/234
E	
Erkennzeichnungen	
— Erkennzeichnung des staatlichen und gemeinschaftlichen Handels auf dem Lande	21/220
F	
Fachkonzernrahmen	
.....	29/284
Festpreise	
— Gemeinsame Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volksseitigen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden	32/315
Finanzberichterstattung	
— Richtlinie für die Aufstellung und Einreichung der Finanzberichterstattung — Kontrollberichte — zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für den staatlichen Einzelhandel	31/300

x

Frachtkostenberechnung

- Frachtkostenberechnung durch die NL Importeihandel für Importwaren 30/285

Frisch-Fisch-Vst

- Sonderzuschläge für Beschäftigte in Frisch-Fisch-Vst 25/260

Fortschritt

- siehe Technisch-organisatorischer Fortschritt

G**Gastronomische Kapazitäten**

- Anweisung Nr. 53/56 — Bewirtschaftung gastronomischer Kapazitäten gewerkschaftlicher Kultur- und Clubhäuser — (Ergänzung zur Anweisung Nr. 89/55) 28/273

Gehaltszahlungen

- siehe Prämien

Geschenkverbandshandel

- Anweisung Nr. 43/56 — Einführung des Geschenkverbandsdienstes für Industriewaren im staatlichen Einzelhandel 24/247

H**Handelsnetz**

- Vierteljährliche Abrechnung des Planes zur Entwicklung und Spezialisierung des Handelsnetzwerkes 28/280
- Formblattbedarf zur Abrechnung des Handelsnetzwerkes per 31. Dezember 1956 28/280
- Berichtserstattung über die Entwicklung des Handelsnetzwerkes 33/312

Hotel-Prospekt

- Anweisung Nr. 55/56 — Durchführung einer Erhebung über die Anzahl der Hotels, die Bettenskapazitäten und die dazugehörenden Einrichtungen als Grundlage für die Herausgabe eines umfassenden Hotel-Prospektes 24/287

I**Importwaren**

- Frachtkostenberechnung durch die NL Importeihandel für Importwaren 30/295

J**Jugend**

- Anweisung Nr. 40/56 — Tag der Überprüfung der Jugend- und Sporleinrichtungen 23/235

K**Kaffee**

- Anweisung Nr. 38/56 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die zusammen mit Kaffee als Beigabe verabreicht werden 21/212

Kaufbedingungen

- siehe Lieferbedingungen

Kommissionshandel

- Anweisung Nr. 41/56 — Einstellen des Kommissionshandels auf Bauernmärkten 23/235

Kommissionswweise Überlassung

- Richtlinien über die kommissionswweise Überlassung von Industriewaren durch den staatlichen Großhandel 22/231

Kommissionswweise Überlassung

- Richtlinie über die kommissionswweise Überlassung von Industriewaren durch den staatlichen Großhandel an den privaten Einzelhandel 26/284

Konfliktkommission

- Konfliktkommission — Ergänzung zur Anweisung Nr. 61/55 21/218

Konserven

- Anweisung Nr. 82/56 — Standardsortiment für tiefgefrorene Konserven 33/330

Kontenplan

- Kontenplan 1957 des staatlichen Einzelhandels 31/368

Kontrollausschreibungen

- Anweisung Nr. 32/56 — Durchführung von Kontrollausschreibungen zum Abschluß per 31. Dezember 1956 in den NL der GHK und den Z-Betrieben der HO 21/211

- Anweisung Nr. 33/56 — Kontrollausschreibungen in den kommunalen Einzelhandelsbetrieben (HO) sowie in den kommunalen Großhandelsbetrieben zum Abschluß per 31. Dezember 1956 21/216

Kontrollbericht

- Richtlinie über die Aufstellung und Einreichung des Kontrollberichts zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für Großhandelsunternehmen und die kommunalen Großhandelsbetriebe 31/299

- Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Finanzberichterstattung — Kontrollberichte — zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für den staatlichen Einzelhandel 31/300

Kontrollinventuren

- Anweisung Nr. 33/56 — Kontrollinventuren in den HO-Gästestätten 21/211

Kreditkarten

- Anweisung Nr. 59/56 — Ausstellen von Kreditkarten für Einzelbauern 30/289

Kurorte

- Richtlinien über die Versorgung der Kurorte in der Wintersaison 1956/57 21/215

L**Lebensmittel**

- Behandlung von Lebensmitteln im Lebensmittelverkehr 30/295

Lieferbedingungen

- Anweisung Nr. 47/56 — Gestaltung der Kauf- und Lieferbedingungen zwischen den dem Ministerium für Handel und Versorgung nachgeordneten Großhandelskontoren für Industriewaren und dem staatlichen Einzelhandel (HO) 26/283

Lochkarren-Verfahren

- Anweisung Nr. 34/56 — Einführung des Lochkarren-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung 21/211

- Informationen über die Einführung des Lochkarren-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung 33/332

Lohnabzüglichungen

- siehe Prämien

M		Preisdienst
Markenwaren		
— Richtlinie über die Abrechnung des Verkaufs von Markenwaren	22/230	— Erfüllung zur Preisbewilligung Nr. I/36 (Preise für handwerkliche Nebenleistungen) 22/233
— Richtlinie über die vereinfachte abgabenrechtliche Ausrechnung von Plus-Minusdifferenzen an Markenwaren bei den Einrichtungen des VDR	23/241	— Preisbewilligung Nr. V/1956 — Kundendienst für spezielle bzw. schwerlastige Konsumgüter 23/239
Mehrkosten		
— Anweisung Nr. 30/56 — Finanzierung der Mehrkosten infolge Aufhebung der Ortsklassen C und D ab 1. Oktober 1956 im staatlichen Groß- und Einzelhandel	27/280	— Sonderpreisdienst für
Messen		
— Zur Verordnung über den Schutz von Messen und Ausstellungen	21/220	1. Kakaoerzeugnisse aus der CSR 2. Tischfertige Konserven 3. Lederschuhe aus dem Konsumgütertausch mit der CSR 4. Gummibänder und -schläuche 5. China-Fleidecken 6. Handtaschen aus Polen 23/236
Milch		
— Anweisung Nr. 30/56 — Veränderung der Mengen- und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschenk von Kaffee als Beigabe verabreicht werden	31/212	— Preisbewilligung Nr. I/V/56-3 für Lichthalter 24/249
Minusdifferenzen		
— siehe Markenwaren		— Preisbewilligung Nr. I/VII/56-4 für Modellisenbahn 24/250
O		— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/61 für Fleischwolf 24/251
Patisserien		— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/53 für Eimer 24/251
— Richtlinie über die Abrechnung der Patisserien in den Küchen der HO-Gaststätten ..	23/240	— Berichtigung dazu 26/279
Planabrechnung		— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/53 für Gießkanänen 24/251
— Richtlinie zur Planabrechnung und Berichterstattung 1957	30/289	— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/54 — Preisänderung für Schlittenabausager „Jette“ .. 25/259
Polizeistundenverhürungen		— Anweisung Nr. 51/56 — Preisbewilligung J 310 — 93/56 vom 2. Mai 1956 55 1/2% Aufschlag an Verbraucherabgabe bei Importverpackung .. 27/270
— Gebührenordnung für Tanzveranstaltungen und Genehmigung von Polizeistundenverhürungen	31/216	— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/9 für PKW „Fobeda“ 26/279
Plus-Differenzen		— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/40 für PKW „Moskutsch“ Güteklaasse II 26/279
— siehe Minusdifferenzen		— Ergänzung zum Sonderpreisdienst Textilien und Bekleidung Schlüssel-Nr. 4000 Teil III vom 31. Juli 1956 26/279
Prämien		— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/71 vom 22. November 1956 30/284
— Zur Verordnung über Prämienzahlung an das leitende kaufmännische Personal in den Betrieben des sozialistischen Groß- und Einzelhandels	21/215	— Preisbewilligung Nr. I/VII/56/64 vom 9. November 1956 30/284
— Anweisung Nr. 44/56 — Prämien	24/248	— Anweisung Nr. 56/56 — Errichtung der Preisnormordnung Nr. 154 über die Preiszeichnung vom 15. Oktober 1948 30/288
— Anweisung Nr. 46/56 — Lohn-, Gehalts- und Prämienzahlungen im Dezember 1956	25/235	— Preisnormordnung Nr. 896 — Anordnung über die Abrundung von Pfennigbeträgen vom 4. Dezember 1956 — Die Preisordnung ist als Sonderdruck I/56 erschienen und lag dem Heft 30/56 bei 30/—
— D-Fonds-Bildung und Prämienabschaltung für das leitende kaufmännische Personal für das III. und IV. Quartal 1956	35/359	— Preisbildung für Konfektion, hergestellt aus abgewerteter Meterware der Aktion I 31/313
— siehe auch Quartalsprämien		— Preludien 3/56 33/330
— Ergänzung zur Mitteilung über die D-Fonds-Bildung und Prämienabschaltung für das III. und IV. Quartal 1956	28/280	— Auszug aus der Preisbewilligung Nr. I/VII/56/73 33/331
— Direktfondsbildung und Quartalsprämienermittlung für das Jahr 1956 in den Betrieben des staatlichen Einzelhandels	31/310	— Taschenkalender mit Ledereinband 33/332

XII:

Q	
Quartalsprämien	
— Anweisung Nr. 38/56 — Anträge auf Quartalsprämien	32/229

Radios — Verteilung der Warenkollekte für Radios und Fernmeldegeräte 23/245	Teilzahlungsverfahren — Monatlicher Nachweis des im Teilzahlungsverfahren getätigten Umsatzes 21/218 — Bahnen-Versicherungsverein für Teilzahlungen 21/219
Reisekostenvergütungen — Anweisung Nr. 63/56 — Reisekostenvergütungen für Einkaufshandlungen beim staatlichen Großhandel 33/330	— Anweisung Nr. 46/56 — Erweiterung des Warenverschiffnisses für Teilzahlungsgeschäfte 27/287
Reklamationen 21/220	— Anweisung Nr. 49/56 — Erläuterungen zum Verkauf von Waren im Teilzahlungsverfahren — Ergänzung zur Anweisung Nr. 31/56 27/267 — Anweisung Nr. 52/56 — Erkärfen von Waren im Teilzahlungsverfahren, die primär Einzelhändler, die Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels sind 28/272
Sachwertlotterie 8 — Anweisung Nr. 61/56 — Sachwertlotterie der FDJ 33/329	— Anweisung Nr. 57/56 — Erweiterung des Warenverschiffnisses für Teilzahlungsgeschäfte 20/288 — Richtlinien zur Rückzahlung des Teilzahlungsabtrages durch Direktüberweisung 32/325 — Umsatz- und Gewerbesteuer für Kreditaufschläge aus Teilzahlungsgeschäften 32/336
Schulung — Schulung der Verkaufskräfte 23/345	— Behandlung von noch nicht durch die Sparkasse kreditierten Förderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft zum Monatsabschluß 33/345
Sonderschulzüge — Sonderschulzüge für Beschäftigte in Frisch-Fleisch-Vet 25/260	
Schlüsselliste — Schlüsselliste 1957 zum Warenumsatzs- und Warenbereitstellungsplan Teil A und B .. 33/343	
Sp Speisenz — Richtlinien für die Kalkulation von Speisen 23/239	Textilien — siehe Preisdienst
Standardortment — Anweisung Nr. 62/56 — Standardortment für hochfertige Konserven 33/330	U Überstudien — Vereinbarungen zwischen dem Ministerium für Handel und Versorgung Berlin, dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften eGmbH Berlin und dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel Berlin über die Genehmigung von Überstunden während des Weihnachtsverkaufs 1956 28/274
Staubsauger — Preisänderung für Schlitzenstaubsauger „etwa“ — Preisbewilligung Nr. 1/VII/56/54 25/259	
Struktur 9 — Richtlinie über die Verbesserung der Struktur des staatlichen Großhandels auf dem Sektor Schmuck, Kunstgewerbe und Raucherbedarf 25/255	V Verkaufsstellen — Direktive über die Verkaufsstellen des Einzelhandels an den Sonntagen vor Weihnachten, am 24. und 31. Dezember 1956 und am 1. Januar 1957 23/242
Tanzerveranstaltungen — Gebührenordnung für Tanzveranstaltungen und Genehmigungen von Polizeistundenverträgen 21/216	Versicherung — Versicherung der Ausleihware 25/269
Technisch-organisatorischer Fortschritt — Analytische Einschätzung der Entwicklung des technisch-organisatorischen Fortschritts 25/280	Versicherungsvertrag — siehe Teilzahlung
Teilzahlungsverfahren — Ergänzung zur Anweisung Nr. 31/56 — Verkauf von Waren im Teilzahlungsverfahren 21/215 — Finanzierung der Teilzahlungskredite 21/218	Verspröfung — Änderung der Anweisung Nr. 30/56 — Verspröfung von Abfallbomben 28/273
	Vertragliche Beziehungen — Anweisung Nr. 59/56 — Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben — Beilage zu Heft 30/56 30/—
	Verträge — Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraumes 33/345
	Volkswirtschaftsplan — Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplans 1957 — Plantell Warenumsatz, Warenbereitstellung, Handelsnetz, Investitionen 32/317
	Verteilcupiver 23/245

Verdryckwesen

- Formblätter zur Planabrechnung 1957 21/221
- Anträge für Druckgenehmigungen 24/254
- Verdruk: Gutachten für Speisekartoffeln 24/254

Einzelhandel

- Neufestsetzungen, Veränderungen, Kündigungen 21/221
22/233
25/261
30/287
- Kohlepapier für Kassenblöcke. Doppelseitiges — 21/221
- Verdrucke für Teilzahlungsvorverfahren 22/233
- Betriebsplan 1957 29/290
- Verdrucke der Finanzberichtserstattung 1957 30/297
- Betriebe-Paß Einzelhandel 30/287

Großhandel

- Neufestsetzungen, Veränderungen, Kündigungen 21/221
25/262
30/289
- Standardvordrucke für die Maschinenbuchhaltung der GHK 25/261
30/288
33/345
- Betriebe-Paß Großhandel 30/286

W**Warenauslieferung**

- Berichtserstattung der Warenauslieferung an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe — ohne HO-Betriebe und HO-Warenhäuser 30/296
- Warenbewegung**
- Anweisung Nr. 34/66 — Einführung des Lochkarten-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung 21/211

Warenbewegung

- Monatliche Warenbewegungsmeldung des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels und der Mitropa 33/339

Warenkataloge

- Verteilung der Warenkataloge für Radios und Fernmeidelektrotechnik 23/245

Weihnachtsverkauf

- siehe Überstunden

Werbeverkaufsveranstaltungen

- Werbeverkaufsveranstaltungen des Großhandels 25/260

Werkküchenumsatz

- Abrechnung des Werkküchenumsatzes auf Formblatt KALV 2 21/215

Wurstzipfel

- Gemeinsame Anweisung über die Verrechnung von Wurstzipfeln 21/214

Z**Zinssätze**

- Neue Zinssätze für Kredite laut Warenfinanzierungsplan Saisonkredite und Kredite für Verrechnungsdokumente ab 1. November 1956 29/284

Zucker

- Anweisung Nr. 26/66 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschank von Kaffee als Beigabe verabreicht werden.
- Nachbelastung für Zucker beim Ausschank von Kaffee 21/215

Zündholzschachteln

- HO-Etiketten für Zündholzschachteln 25/259

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

25X1

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 16. Februar 1957

Nr 7

ANWEISUNGEN

— 5882 — Berlin, den 22. Januar 1957

A n w e i s u n g N r . 9/57

Sachwerlotterie des DFD

Anlässlich des 10. Jahrestages des DFD führt der Bundesvertrieb für den Außenhandel und die Wirtschaft vom 15. März 1957 eine Sachwerlotterie durch. Die Gewinnscheine werden in der Zeit vom 15. Februar 1957 bis 15. April 1957 in den Verkaufsstellen der staatlichen und gesetzlich anerkannten Einzelhandels- und der Warenhäuser eingelöst.

Die Lose für die Buchgewinne schickt der Gewinner (portofrei) bis zum 15. April 1957 an die Versandbuchhandlung Leipzig C 1, Postfach 270.

Die Auslosungen:

Wohnungsneuerstellung	1 DM
Musikschule	1 DM
Kühlehydrate	1 DM
Palmzähne	1 DM
Kunst-Waschmaschinen	1 DM
Koffer-Wäschmaschinen	1 DM
Damen-Fahrräder	1 DM
Staubsauger "Jetts"	1 DM
Elektrogrill, Nachspeisegrill	1 DM
Margarine oder Bademilch	1 DM
Öppnerklaviere mit Klavi	1 DM
Spitzenblumen	1 DM
Tischläufer mit Servietten	1 DM
Personenwagen, dreitürig	1 DM
Schnellsechshörde	1 DM
Perlon-Nachtländer	1 DM
Tischdecken	1 DM
Kunstleder	1 DM
Cohle- und Handaschen	1 DM
Garnituren zweizügig	1 DM
Perlonstrümpfe	1 DM
Taschenbücher	1 DM
Kosmetikartikel	1 DM
Eigarrettin	1 DM

Der vom Gewinner vorgelegte und vereinigte Gewinnloschein gilt in Höhe des aufgedruckten Gewinnwertes bei der Eltonnahme der Verkaufsstellen als Wertcheck und wird auch weiter als Scheck bei der Erlösabführung bei den Kassen der Deutschen Notenbank Berlin anerkannt und abgehoben. Die Deutsche Notenbank Berlin hat ihren Niederlassungen folgenden Hinweis gegeben:

„Die Gewinnloschein einglösenden Stellen müssen die Gewinnloscheine mit ihrem Firmenstempel ver sehen und diese dabei bei der Erlösabführung dem kontoführenden Kreditinstitut mit Schecke und Lieferschein (Vordruck E 1) einreichen.“

Sofern die Verkaufsstellen die Erlöse nicht bei der DN, sondern bei der Sparkasse, BHG oder bei der Post abführen, sind die Gewinnloscheine an die platzende Einheit zu geben, die die Gewinnloscheine an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank weiterleitet.

Die Gewinnloscheine werden von den Verkaufsstellen bis zum 15. April 1957 eingelöst.

Letzter Annahmetag bei den Niederlassungen der Deutschen Notenbank ist der 25. April 1957.

Werden nach diesem Termin noch Gewinnloscheine vorgelegt, so sind die Einheiten des Bundesvertragsstandes des DFD, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Str. 16, zu verweisen.“

Die Leitungen der sozialistischen Handelsbetriebe werden verpflichtet, ihre Verkaufsstellen sofort zu informieren.

Diese Anweisung wird im Einvernehmen mit dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften erlassen.

W e c h
Minister

— Verf. u. Mittgl. Mm. f. H. u. V. Heft 7/57 —

Beschreibung des Loses:

Sachwerlotterie

10

Jahr DFD

Dieses Los gewinnt:

Die Gewinne sind bis spätestens 15. April 1957 in einer Verkaufsstelle des Konsumentenverbandes HO einzuziehen. Lose über Buchgewinne bitte portofrei bis 15. April 1957 an die Versandbuchhandlung Leipzig C 1, Postfach 270, einschicken.

Los-Nr. 0 000 000

Diesemchein hat die Verkaufsstelle ihrem Kreditinstitut einzurichten. Der Betrag geht zu Lasten des Kontos bei der Deutschen Notenbank, Berlin, Konto-Nr. #1%.

— 3200 — Berlin, den 8. Februar 1957

A n w e i s u n g N r . 10/57

Aufbewahrung, Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen

Durch ungenügende Kontrolle war es möglich, Verkaufsanweisungen in betrügerischer Weise zu verwenden. Es besteht daher Veranlassung, die Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen einheitlich zu regeln. Es wird daher angewiesen:

1. Aufbewahrung und Ausgabe

1. Für die sichere Aufbewahrung der Verkaufsanweisungen (und der Bezugsnachweis-Blöcke) ist der Kartenstelleneleiter verantwortlich.

2. Die Ausgabe an die zum Ausschreiben berechtigten Mitarbeiter erfolgt durch den Kartenstellenteilnehmer gegen Quittung (Anzahl der Blätter und Blattnummern).

B. Ausdrucken der Verkaufsanweisungen

1. Zur Ausstellung der Verkaufsanweisungen sind berechtigt:

- a) Sachbearbeiter für Gemeinschaftsverpflegung,
- b) Kartenstellenteilnehmer.

Die Verkaufsanweisungen müssen von dem zuständigen Bearbeiter und dem Abteilungsleiter bzw. dessen Stellvertreter unterschrieben werden.

2. Die Verkaufsanweisungen sind nur gültig, wenn sie vollständig ausgefüllt sind und der Empfänger klar ersichtlich ist.

3. Der Empfänger hat den Empfang der ausgestellten Verkaufsanweisung zu quittieren.

III. Belieferung durch den Einzelhandel

Eine Auslieferung von Ware ohne Verkaufsanweisung (ausgenommen bei der Vorratsbelieferung) darf nicht erfolgen. Unvollständig ausgefüllte Verkaufsanweisungen sind nicht zu beliefern (z. B. ohne Angabe des Empfängers).

IV. Abrechnung der Verkaufsanweisungen

1. Monatlich ist durch das Sachgebiet Marktmarktforschung mit dem Sachgebiet Gemeinschaftsverpflegung eine Abstimmung über die abgerechneten Verkaufsanweisungen vorzunehmen. Die Grundlage der Abstimmung ist bei der Abt. Handel und Versorgung die verbindliche Kontraktur der Verkaufsanweisungen bzw. die Nachweisteile. Die Abstimmung hat sich auf die Anzahl (Blatt-Nr.) der Verkaufsanweisungen sowie auf die abgerechnete Menge zu erstrecken.

2. Nach der Abstimmung ist ein Protokoll anzufertigen, in dem die geplante Abrechnung bestätigt wird. Dabei sind die Blatt-Nummern der Verkaufsanweisungen aufzuführen. Sowohl Übereinstimmungen wie Abweichungen sind schriftlich zu kennzeichnen. Das Protokoll muss die Unterschriften beider Sachgebieteträger sowie die des Abteilungsleiters für Gemeinschaftsverpflegung legt es bei den Quittungen über die ausgegebenen Verkaufsanweisungen ab.

W a c h
Minister

= Verpf. u. Mitgl.

Min. f. H. u. V.

Heft 7/57 —

W a c h
Minister

Heft 7/57 —

— 4610 — Berlin, den 8. Februar 1957

A n w e i s u n g N r . 12/57

Über die Durchführung des Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse —

Auf der Grundlage der Anordnung vom 25. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung des Aufkäufs und des Großhandels mit Ostd. und Gemüse (GBI. I S. 69) wird für die Abwicklung des Importleithandels folgendes angewiesen:

I.

1. Mit Wirkung vom 1. April 1957 wird mit dem Sitz Berlin das „Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel“ gebildet.

2. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel übernimmt vom Tage seiner Bildung ab die Tätigkeiten der Niederlassung Importleithandel des Großhandelskontors für Lebensmittel und ist deren Rechtsnachfolger.

Die Niederlassung Importleithandel des Großhandelskontors für Lebensmittel ist mit ihren Außenstellen zum 31. März 1957 aufzulösen.

II.

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel ist ein volkseigener Betrieb im Sinne des § 1 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Errichtung des sozialistischen wirtschaftlichen Rechnungsführungs in den Betrieben der volkseigener Wirtschaft (GBI. S. 222) und damit juristische Person und Rechtsträger des ihm übertragenen Volksgegenstums.

2. Das Großhandelskontor ist unmittelbarer Aufsicht, Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Handel und Versorgung.

III.

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel ist für die Abschaffung der Importleistung an der Grenze und für deren planmäßige Weiterleitung an die Organe des Platzgroßhandels und an die nachgelagerten in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin verantwortlichen Betriebe.

2. Es schließt in eigener Verantwortung auf der Grundlage des Importplanes Einfuhrbestellungen mit dem Deutschen Innen- und Außenhandel —

— 4913 — Berlin, den 1. Februar 1957

A n w e i s u n g N r . 11/57

Zusammenfassung und Einreichung der monatlichen Finanzerichterstattung des GHK für Lebensmittel im L/57

Auf Grund der Unterstellung der Spezialhandelsbetriebe für Obst und Gemüse und der Großhandelskontore für Lebensmittel unter dem Sitz des Bezirksamt Abt. Handel und Versorgung, ab 1. April 1957 macht sich eine Übergangsregelung für das L/57 hinsichtlich der monatlichen Finanzerichterstattung für die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel erforderlich.

In Übereinstimmung mit dem Ministerium der Finanzen wird daher folgendes angewiesen:

1. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel geben im Gegensatz zum bisher festgelegten Versteller ein Exemplar des monatlichen Finanzberichts bis einschließlich der 10. April 1957 fallschließlich an den Rat des Bezirks, Abt. Handel und Versorgung, und nicht mehr an die Verwaltung der NL des GHK für Lebensmittel.

Nahrung — ab, deren Inhalt und Form durch die Verordnung vom 11. September 1952 über das Einführverfahren für den Außenhandel und Importeurischen Handel (GBL I S. 83) geregelt wird. Ausgehend von den Forderungen des Binnenhandels, nimmt nun die Artikulation des Außenhandelsorganisatorischen Einfluss hinsichtlich der Liefertermine, der Sortimente und Qualitäten.

Gleichzeitig schließt das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel auf der Grundlage der den Organen des Platzgroßhandels und den Betrieben der weiterverarbeitenden Industrie stehenden Verträge mit Warenlieferungen bzw. Holzstoffpflanzen-Kauf- und Lieferungsverträge ab. Für den Inhalt und die Form dieser Verträge ist die Verordnung vom 1. Dezember 1952 über die Einführung eines Allgemeinen Lieferungssystems für Warenlieferungen in der vorliegenden und ihr gleichgestellten Wirtschaft verbindlich.

3. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel führt seine Tätigkeit mit folgenden Warenarten durch:

- 11 300 - 600 Frischwaren
- 11 700 Obstwaren
- 11 800 Süßfrüchte, Nüsse, Weintrauben
- 12 100 Weizen- und Roggencrmehl
- 12 200 Nährmittel einschließlich Reis
- 12 300 Getreide
- 12 420 - 480 Stärkeerzeugnisse (verbrauchsfrtig)
- 12 600 Dauerbackwaren
- 13 210 Kakaoerzeugnisse
- 13 220 Zuckerkonserve
- 13 200 Kakao-Schokoladenpuiver
- 13 400 Kunsthonig und Sirup (verbrauchsfrtig)
- 13 700 Mandelsoßen und Konfitüren (verbrauchsfrtig)
- 16 110 Obstkonserven
- 16 110 Gemüsekonserven
- 16 151 Gefrierobst
- 16 153 Tropenobst (zur Aprikosen, Pflaumen und Rimpfeln)
- 16 155 kandierte Früchte
- 16 164 Gefriergemüse
- 16 200 Süßmoste, Fruchtsäfte und Fruchtsirup (verbrauchsfrtig)
- 9 280 Weihnachtsblätter

Diese Nomenklatur kann im Bedarfsfalle in Abstimmung mit dem Ministerium für Lebensmittelindustrie erweitert werden.

4. Für die Arbeit des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel gelten folgende Grundsätze:

- a) Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel hat die eingehenden Importwesen von den Grenzübergangsstellen auf dem Kürzestweg zu bearbeiten und darf nur den Organen des Platzgroßhandels zu disponieren.
- b) Erreicht ein Partner je Liefertermin das Waggonvolumen, so sind Direktdispositionen zu treffen. Erfordert die Versorgungssituation eine breitere Verteilung des Wagens, so gestaltet die Plannierung eines Partners den direkten Waggonbezug nicht, so hat das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel durch vertragliche Vereinbarungen Großhandelsbetriebe die Aufteilung und Streuung von Waggons durchführen zu lassen.
- c) Mit den Großhandelskontoren in den Bezirkshauptstädten sind Dienstleistungsverträge entsprechend dem belegförmigen Muster abzuschließen. Die Organe übernehmen als Erfüllungsgegenden des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel die bisher von den Außenstellen der Niederlassung Importleithandel durchgeföhrten Aufgaben. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel tritt

jedoch das Eigentumsrecht an der Ware nicht an die Erfüllungsgegenden ab, auch wenn im Interesse einer breiten Streuung die Ware in deren Läden entgegengenommen, sortimentiert und expediert wird.

- d) Um den Transportweg bei notwendig werdender Streuung der Waren zu verkürzen und die Erfüllungsgegenden in den Bezirkshauptstädten berechtigt, ihrerseits mit anderen Großhandelskontoren im Bezirk Vereinbarungen abzuschließen, durch welche diese gegen Kostenerstattung nach den Weisungen des Großhandelskontors Waggons für möglichst kontrakt festzulegende Kreise entgegennehmen und aufteilen.

- e) Werden durch die Erfüllungsgegenden des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel Waggonladungen aufgeteilt, sind die Teilmenge, die Wagen, die Neugewicht, basierend auf der laut DWA-Zertifikat bestehenden Wertminderungen unter Inanspruchnahme von 4% Gewichtstoleranz an die Abnehmer weiterzubechten.

Die Abnehmer gleichen mit den ihnen zustehenden 4% Qualitätstoleranz alle Wertminderungen entsprechend der im GBL I Nr. 86, S. 796, getroffenen Festlegungen aus.

IV.

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel finanziert die einbrechenden Importwesen für die Zeitspanne zwischen dem Grenzübertritt und Abnahme durch den Großhandel. Es fakturiert, hält im Rahmen der geschätzten Bedeutung der Warenarten die Abnehmer bereit für aufkommende Reklamationen und macht notwendigenfalls seinen Lieferanten, dem Deutschen Innen- und Außenhandel — Nahrung — gegenüber Reklamationsansprüche geltend.
2. Die Organisation der Umsorgungsbestände und operativen Reserven führen bei Importwaren in der Regel die Organe des Platzgroßhandels durch. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel lagert und finanziert Umsorgungsbestände und operativen Reserven, sofern dies, wenn der Charakter der Ware eine spezielle Lagerbehandlung (z. B. Walnüsse in Kühlräumen) fordert.

V.

1. Die Organe des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften schließen mit dem Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel bis zum 7. September 1956 grundsätzlich mit den örtlich zuständigen Organen des Platzgroßhandels ab. Die Belieferung erfolgt beim Erreichen des Waggonvolumens des Deutschen Handels. Die Rechnungslegung ist aber generell über den Zuständigen Platzgroßhandel vorzunehmen.

Bei den übrigen Sortimenten haben die Organe des VDK das Recht, Direktverträge mit dem Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel zu schließen, wenn sie je Liefertermin das Waggonvolumen erreichen.

2. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel gibt die teilweise noch in eigener Regie bzw. auf der Basis von Lohnverträgen durch geführte Bananenlieferung an die Organe des Platzgroßhandels ab. Die Organe des Platzgroßhandels werden in Bezug auf die Rechnungsbücher. Mit den in Freizeit kommenden Organen des Platzgroßhandels werden vom Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel unmittelbar Verträge über die Lieferung von grünen Bananen abgeschlossen. Die Organe des Platzgroßhandels schließen ihrerseits schließen zur Auslieferung der Bananen Verträge mit den Großhandelskontoren ab, die ihnen vom zuständigen Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — zugewiesen werden.

VI.

Das Großhandelskonzern für Obst- und Gemüseleithandel berechnet den Organen des Platzgroßhandels für seine Leistungen beim Bewegen der Waren (Disposition, Finanzierung und Streuung) 1 1/4 % vom Bruttowert der TVO auf Leithandelspreise nach der bei dem einzelnen Warenstück festgesetzten Frachtpauschalen.

Bei Lieferungen an die weiterverarbeitende Industrie und an den Kommunalen Großhandelsbetrieb Berlin wird eine Leithandelspauschale von 0,35% des Warenwertes in Anspruch genommen. Der bei der Industrie weiterverarbeitete Transportkosten werden in effektiver Höhe berechnet.

Wach
Minister

Anlage
zur Anweisung Nr. 12/37 über die Durchführung des Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse —

Muster
Dienstleistungsvertrag

Zwischen dem Großhandelskonzern für Obst- und Gemüseleithandel (Auftraggeber)

vertreten durch

und dem Großhandelskonzern für (Auftragnehmer)

vertreten durch

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Der Auftragnehmer führt Name und für Rechnung des Auftraggebers im Beisein Zahlung vom Auftraggeber übertragene Aufgaben gegen Zahlung der im § 6 dieses Vertrages geregelten Vergütung aus.

§ 2

(1) Folgende Aufgaben sind vom Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers durchzuführen:

1. Abstimmung der Pflanzenarten auf der Grundlage des vom Auftragnehmer übermittelten Importplans beim Rat des Bezirkes und Beschaffung der Kreisabteilungen.

2. Abschluß der Lieferverträge über Importwaren mit sozialistischen Platzgroßhandelsbetrieben und der weiterverarbeitenden Industrie des Bezirkes auf der Grundlage des Importplans. Die Lieferverträge sind in einem systematischen zentralen Vereinbarungen und Weisungen des Auftragnehmers.

3. Aufstellen von Dispositionssätzen entsprechend den speziellen Lieferverträgen unter besonderer Berücksichtigung vorhandener versorgungspolitischer Schwerpunkte und einer breiten, weitgefächerten Streuung. Die Dispositionssätze haben neben Menge und Termin die Angabe der Empfänger mit genauen Versandschriften, Bank-, Telefon- und Fernschreibverbindungen.

4. Über senden der abgeschlossenen Lieferverträge und aufgestellten Dispositionssätzen an den Auftraggeber.

5. Entgegennahme von Streuwagen und Veranschlagung innerbetrieblicher Begutachtung und Verliegung großer Waggons.

6. Aufstellung, evtl. Sortimentierung der Lieferung im Lager und Ausförderung an den Großgrößenmarkt und der einschmaligen Waren laut Preisbestimmungen gültigen Lieferbedingungen. Der Auftragnehmer hat durch eine breite und dichte Innensortierung die richtige und sichere Versorgung seines Bezirkes zu sichern. Eventuell notwendig werdende Veränderungen der ursprünglichen Dispositionssätze sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

7. Rechnungslegung an die Abnehmer von Lieferungen aus Streuwagen auf der Grundlage der Frachtkomitee, des Warenzollvereins oder DWA und Preisbestimmungen des Auftraggebers innerhalb der gesetzlichen Frist. Die Rechnungslegung erfolgt auf Rechnungsformularen des Auftraggebers.

8. Einlegen von Einsprüchen gegenüber den DWA-Zertifikaten, sofern der Prozentsatz der Wertminderung bei Waggoneingang mehr als 20 % über dem im DWA-Zertifikat angegebenen liegt.

Die Rechnungslegung erfolgt in solchen Fällen auf der Grundlage des im Zertifikat enthaltenen Satze. Der Abrechnung ist zu unterrichten, daß der Einspruch durch den Auftragnehmer gestellt ist und daß die Gutschriftserteilung nachdrücklich erfolgt.

9. Ausfüllung und Absenden des Waggonabrechnungsbogens von zwei Tagen nach Beendigung der Streuung des Auftragsgebers oder des Auftragnehmers mit dem Großhandelskonzern Vereinbarungen abschließt, durch welche diese den Auftrag der Waggonabrechnung für mehrere Tage übernehmen kann, wenn die Abrechnungsfrist um einen Tag.

10. Führen einer Realisierungskartei zur Kontrolle der mit dem Auftragnehmer abgeschlossenen Verträge, Bearbeitung des sich aus diesen Verträgen ergebenden Schiffahrtsverkehrs und der Verhandlungen.

11. Bourbelten der vom Platzgruppenamt berechneten Vertragsabrechnungen des Auftragsgebers in Vertragsabrechnungen Kopen bzw. Abschriften der Vertragsabrechnungen, Einspruchsabschriften und Dokumente des Verteilgerichtes sind dem Auftragnehmer zu übersenden.

§ 3

(1) Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, daß die Versorgung des eigenen Großhandelsbetriebes nicht der ordnungsgemäße Bedienung des anderen Betriebes des Bezirkes und von Interessen des Auftragnehmers entgegensteht.

§ 4

(1) Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, daß eingegangene Importwaren unverzüglich ausgeliefert werden. Werden Importwaren oder -Vorräte durch den Auftragnehmer bei Handel mit Importwaren oder -Vorräten sowie Umschlags- und Transportkosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

(2) Ergibt sich bei dem Umschlag von Importwaren mit Vertragspartnern Schwierigkeiten, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darüber zu informieren und dessen Entscheidung einzuholen. Der Auftragnehmer ist sofort zu informieren, wenn von den Staatsoberen des Bezirkes eine Entschließung getroffen ist, die entscheidet sonst selbst, was mit der Ware zu geschehen hat.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, jeweils zum 26. Monats eine Marktanalyse auszuarbeiten. Der Auftragnehmer kann dann Sonderpreise, die auf den Bedarf besonders zu beziehen sind, dem Auftragnehmer hat monatlich ein Inventur des dem Auftragnehmer gehörenden Warenbestandes durchzuführen.

§ 5

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftragnehmer i. den Importplan und die Vertriebsabschläge mit dem DIA-Nahrung (Liefertermin und Sortiments) jeweils bis zum bekanntzugeben;

2. den an den Großhandelskonzern gegebenen Dispositionen sofort mitzuteilen;

3. je eine Durchschrift der Rechnung für Direktwaggons innerhalb Tagen nach Grenzübergang des Wagons zu übergeben;

4. Informationsberichte über Veränderungen hinsichtlich Qualität, Sortiment, Presse, Liefertermine, Verpackung, umfangreiche Transportabfahrten gegen DIA und sonstige Vertragsänderungen.

(2) Der Auftragnehmer hat dem Auftragnehmer über die jeweils gütlichen Preise und die Art und Weise der Rechnungslegung zu unterrichten.

(3) Der Auftragnehmer hat dem Auftragnehmer die für ihn geltenden Bestimmungen bekanntzugeben und ihn bei der Erfüllung seines Auftrages anzuleiten und weigertend zu unterstützen.

§ 6

(1) Für die Durchführung der in diesem Vertrag festgelegten Aufgaben ist dem Auftragnehmer eine voller eigener Planung der Löhne und Gehälter, der Ausgangsfrachten sowie der übrigen Kosten vom Auftragnehmer

a) für jeden abfertigten Streuwagen eine Importgebühr in Höhe von 1 % vom Warenwert,

b) eine Frachtpauschale von DM je t gestreuter Ware
als Vergütung.
(2) Die Abrechnung und Überweisung dieser Vergütung erfolgt monatlich jeweils zum 8. des folgenden Monats.

§ 8

Der Auftraggeber ist verpflichtet, die ihm vom Auftraggeber gesuchten Mitteilungen geschäftlicher Natur vortrautlich zu behandeln, sofern nicht eine andere Weisung des Auftraggebers vorliegt.

§ 9

Der Auftraggeber erhält die aus diesem Vertrag sich für ihn ergebenden Vergütungen als Abwehrkosten der ersten und Dritte, die bei der Erfüllung des Auftrages mitzukönnen anzuwenden und zu kontrollieren. Er hat allein zu untersuchen, ob die Kosten der ersten und Dritten Stufe für den Auftraggeber abwendbar sind. Das gilt auch für Vertragsabschlüsseverfahren. Des Auftragnehmers hat dem Auftraggeber entlastende Schäden zu erzielen, soweit er nicht nachweisen kann, daß er sie nicht abwenden oder mindern konnte.

§ 10

Das Vertragsverhältnis beginnt am 1. April 1957.
Für Streitigkeiten an diesem Vertrag ist das Statistische Vertragsgericht im Bezirk örtlich und sachlich zuständig, wobei auch nach § 14 den gesetzlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt.

§ 11

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Mündliche Vereinbarungen sind nicht verbindlich.

§ 12

Dieser Vertrag wird in drei gleichlautenden Ausfertigungen ausgestellt, von denen je eine dem Auftraggeber, dem Auftragnehmer und dem Rat des Bezirks – Abt. Handel und Versorgung – erhalten.

(Ort),....., den.....
.....(Auftragnehmer)(Auftraggeber)
- Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 -

— 3200 —

Berlin, den 7. Februar 1957

Anweisung Nr. 13/57**Monatliche Belastungslisten**

- 1. Für das Jahr 1957 können die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Kreise Belastungslisten vor folgenden Großhandelsorganen anfordern:**

- a) Fleischerhandwerksgenossenschaft
- b) bremer Seehandel,
- c) Konsum-Zentrallager,
- d) Kommunaler Großhandel,
- d) Privater Großhandel.

Die Belastungsliste ist vom Ministerium für Handel und Versorgung am 4. Februar 1957 genehmigt und unter Nr. 209/57 registriert worden, befristet bis zum 10. Januar 1958.

- 2. Die Kontrolle der Warenzüge an rationierten Waren in den Abrechnungen des Einzelhandels, die vom GIKR für Lebensmittel erfolgen, wird wie im Jahre 1956 mit Hilfe der Rechnungsbücherchen vorgenommen.**

- 3. Das Ministerium für Lebensmittelindustrie hat der Weiterführung der Belastungslisten durch die Molkeküche für das Jahr 1957 nicht zugestimmt, da die Molkeküche bereits mit statistischen Arbeiten überhaupt sind.**

Aus diesem Grund müssen auch Lieferungen der Molkeküche mit Hilfe des Rechnungskontrolliert werden.

Soweit auf örtlicher Ebene gesonderte Vereinbarungen getroffen werden, muß dazu die Genehmigung des Vorsitzenden des Rates des Bezirks bzw. Kreises. Konsum-Zentrallager und Großhandel über das Berichtswesen in der DDR vom 20. Juli 1956, GBl. I Nr. 66/56.

W a c h

Minister

Min. f. H. u. V.

Heft 7/57 =

- Verfg. u. Mittig.

PREISDIENST

— 3660 — Berlin, den 9. Februar 1957
Zur Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden

(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 32/56 S. 313)

Wiederholte Hinweise seitens des Ministeriums der Finanzen und Abteilungen Finanzen der Räte der Bevölkerung machen erforderlich, darauf hinzuweisen, daß die im Jahre 1956 gemeinsame Anweisung enthaltenden Termine für die Beendigung der Umbewertungen einzuhalten sind.

Um ein unterschiedliches Preisniveau durch eine zu schließende Unterordnung zu verhindern, sind durch die Abteilungen Handelsbetriebe geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die durch die Preisänderungen neu geregelten Einzelhandelsverkaufspreise sofort in Kraft treten zu lassen.

- Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 -

— 3665 — Berlin, den 7. Februar 1957
Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. III/56
(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 13/56 vom 15. Juli 1956)

Betr.: Gebühren für den Aufstellendienst
Da sich durch die Preise eine größere Differenzierung der Ausleihgebühren für funktionierende in der Namensklatur der Ausleihgegenstände enthaltenden Waren erforderlich mache, bitten wir die o. g. Preisbewilligung entsprechend zu ergänzen.

Artikel	St. EVP in DM	Ausleihgebühr pro Tag je Stunde
1. Luftmatratze	80,—	0,1— 0,30
2. Höhensonnen	200,—	1,— 0,30
3. Staubsauger, groß	250,—	4,— 1,00
Staubsauger, klein	130,—	2,50 0,30
4. 2-Mann-Zelt	300,—	2,—
3-Mann-Zelt	300,—	2,50
4-Mann-Zelt	300,—	3,—
Zeltbadewanne	35,—	0,30
5. Handwagen	50,—	0,30 0,20

- Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 -

— 3660 — Berlin, den 2. Februar 1957
Preisbewilligung Nr. I/VII/57/24

für Deckenventilatoren zweiz. und dreizarmig, Type "Windhexe", mit mechanischer Einrichtung zur Verweitung als Beleuchtungskörper,
Herstellerwerk: VEB Elektromotorenwerk Dessau

a) zweizarmig	EVP 260,00 DM EIB 244,68 DM GAP 238,52 DM GHS 31,17 DM IAB 207,33 DM
b) dreizarmig	EVP 206,60 DM EIB 191,48 DM GAP 171,80 DM GHS 22,45 DM IAP 149,35 DM

- Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 -

59

— 3660 —

Berlin, den 9. Februar 1957

Freidienst für Haushaltsporzellan, Besen, Bürsten und Pinsel

Berichtigungen und Ergänzungen der „Listen der Handelsspannen für Erzeugnisse, in deren Preisen Verbrauchsabgaben enthalten sind und für die die Produktionsabgabe eingeführt wird“ (Industriewaren der Gruppe 51 und 52 sowie der Gruppe 54) des Ministeriums für Handel und Versorgung und des Ministeriums der Finanzen; hier:

- A) Haushaltsporzellan
- B) Besen, Bürsten und Pinsel

A) In gemeinsamer Abstimmung mit dem Ministerium für Leichtindustrie — HV Feinkeramik —, dem Ministerium der Finanzen — HA Staatsnahmen — und dem Ministerium für Handel und Versorgung sind o. g. Listen (DIN A 5 in chancial genannt), „Listen der Verbrauchsabgabensätze und Handelsspannen vom 15. Oktober 1954 für verbrauchsabgabepflichtige Erzeugnisse“ die Warenarten der

Warengruppe 51 hinsichtlich Haushaltsporzellan

neu zusammengestellt worden. Die Artikel-Nummern wurden verdichtet.

Die Definitionen der Golddekor sind klarer formuliert worden. Die Sätze der Verbrauchsabgaben und Handelsspannen blieben unverändert. Gleichzeitig erfolgte die zusammengefügte Ergänzung der vorstehend genannten Listen.

Diese Neuregelung tritt am 1. Februar 1957 in Kraft.

Für den Fall der Fertigung von Porzellanerzeugnissen mit Silberdekor ist auf Antrag der Herstellerbetriebe die Verbrauchsabgabe vom Ministerium der Finanzen — HA Staatsnahmen — im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Versorgung — HA-Preise — jeweils neu festzulegen.

Nummer des Altkennzeichens Waren- verzeichnisses	Warenart	Art-Nr. der Schenkett- liste 1957	GHE in % vom HAP	HHS in % vom HAP	GHS in % vom IAP	FHS in % vom IAP	WA in % vom HAP	Großhandels- index (HAP + HHS + GHS + VA mit MUSA)	Einzelhandels- Index (HAP + HHS + GHS + VA mit MUSA)	
			1	2	3	4	5			
Keramik Glas- und Porzellanwaren, Kacheln, Keramik für den Haushaltbedarf, Fensterläsche										
51 61 10	Tafelservice, Dejeuners-, Kaffees- und Teeservice, Brötchenservice, sonstiges Haushaltsporzellan und Spielwaren aus Porzellan	6211—111	20,0	32,0	20,0	32,0	0	120	152	
51 61 20	Weiße Porzellanwaren (einheitlich zitronengold, grüngold u. a.)	6211—211	20,4	32,6	19,07	30,47	7	127,4	160	
51 61 30	mit Pollergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fondedekor oder auf Kobalt	6211—311	20,4	32,6	17,44	27,86	17	137,4	170	
51 61 40	mit Pollergolddekor auf Spritz- und Fondedekor oder auf Kobalt oder mit echtem Artgolddekor	6211—411	20,4	32,6	16,06	25,67	27	147,4	180	
51 63 40	Schalen, Vasen und Dosen aus Porzellan als Weißporzellan (weiß, elfenbeinfarben, hellblau, hellgrün, hellrot dekoriert) bzw. als Porzellan, dekoriert (einhäckselig Crackle) ohne Gold- oder Silberdekor	6223—111	20,0	32,0	20,0	32,0	0	120	152	
51 63 50	*) ähnlich zu oben Staatl. Porzellanmanufaktur „Meissen“									
51 63 60	mit Glanzgolddekor feinschließlich zitronengold, grüngold u. a.)	6223—211	20,4	32,6	19,07	30,47	7	127,4	160	

Nummer des Altersgruppenverzeichnisses	Warenart	Art-Nr. der Schlüsselliste 1957	GHS			EHS			EHS			VA			Großhandelsindex (HAP + GHS + VA mit MUSA)			Einzelhandelsindex (HAP + EHS + VA mit MUSA)
			In % von HAP	In % von HAP														
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	

mit Poliergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fondedekor oder auf Kohalt ...	6223—311	20,4	32,6	17,44	27,86	17							137,4		170	
mit Poliergolddekor auf Spritz- und Fondedekor oder auf Kohalt oder mit echtem Altagoldekor ...	6223—411	20,4	32,6	16,06	25,67	27							147,4		180	
S1 63 90 Sonstiges nicht genanntes Zierporzellan als Weißporzellan (weiß, elfenbein oder kobalt, unverkörpert) bzw. Seladon (grau, hellgraulich Crampeuse) ohne Gold- oder Silberdekor ...	6223—511	20,0	32,0	20,0	32,0	0							120		152	
* sonstig außer der Basis "Zierporzellan" aus "Metall":																
mit Poliergolddekor (einschließlich zitronengold, grüngold u. Ä.) ...	6223—611	20,4	32,6	19,97	30,47	7							127,4		160	
mit Poliergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fondedekor oder auf Kohalt ...	6223—711	20,4	32,6	17,44	27,86	17							137,4		170	
mit Poliergolddekor auf Spritz- und Fondedekor oder auf Kohalt oder mit echtem Altagoldekor ...	6223—811	20,4	32,6	16,06	25,67	27							147,4		180	

Zur besseren Orientierung nachfolgend die Gegenüberstellung der alten und neuen Artikel-Nr. der Schlüsselliste 1957:

alt	neu	alt	neu	alt	neu	alt	neu
6211—111		6211—113		6211—115		6223—141	6223—111
6211—111		6211—114		6211—116		6223—151	6223—211
6211—151		6211—133		6211—135		6223—161	
6211—151		6211—134		6211—136		6223—171	6223—311
6211—191		6211—193		6211—195		6223—191	
6211—191		6211—194		6211—196		6223—191	6223—411
6211—211		6211—213		6211—215		6223—211	
6211—211		6211—214		6211—216		6223—211	6223—511
6211—112		6211—173		6211—175		6223—212	6223—511
6211—112		6211—174		6211—176		6223—212	6223—611
6211—152		6211—193		6211—195		6223—212	6223—711
6211—172		6211—197		6211—199		6223—212	6223—711
6211—172		6211—198		6211—200		6223—212	6223—711
6211—172		6211—213		6211—215		6223—212	6223—751
6211—312		6211—214		6211—216		6223—212	6223—751

B) Die Warenarten der Warengruppe 44 hinsichtlich Besen, Bürsten und Pinsel sind ebenfalls unter Berücksichtigung der bisherigen Ergänzungen vom 19. und 22. September 1956 neu wie folgt zusammenestellt worden. Die Sätze der Verbrauchsabgaben und Handelsspannen sowie die Artikel-Nummern blieben unverändert.

Nummer des Altersgruppenverzeichnisses	Warenart	Art-Nr. der Schlüsselliste 1957	GHS			EHS			EHS			VA			Großhandelsindex (HAP + GHS + VA mit MUSA)			Einzelhandelsindex (HAP + GHS + VA mit MUSA)
			In % von HAP	In % von HAP														
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
54 61 00	Bürsten, Besen und Pinsel																	
54 63 00	außer Zahnbürsten aus ...	6350																
54 65 00	Kunstborsten, Kunstborstenanteil bis 40 % ...	6350—1	15,4	23,6	12,73	19,5	21											
	Reisborstel, Reiswurstel, Kokosfaser, Baseline ...	6350—10	15,4	23,6	12,73	19,5	21											
	Plastifaser oder Fiber ...	6350—12	15,4	23,6	12,73	19,5	21											
	Trichterhüttner aus Kokosfaser ...	6350—15	15,4	23,6	12,73	19,5	21											
	China- und Chunking-borsten ...																	

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses	Warenart	Art.-Nr. der Schlüsselliste 1957	GHS in % HAP	EHS in % HAP	GHS in % IAP	EHS in % IAP	V.A. in % HAP	Großhandels- interess. (HAB + GHS + V.A. mit MUSO)	Einzelfandel- interess. (HAB + GHS + V.A. mit MUSO)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar	6350-20	15,4	24,6	11,0	17,57	40	155,4	180	
Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar gemischt mit 40 % und mehr Naturborsten	6350-25	15,4	23,6	12,73	19,5	21	138,4	160	
Fuchshaar, gemischt mit weniger als 40 % Naturborsten	6350-30	15,4	24,6	11,0	17,57	40	155,4	180	
Feinhaarpinsel aus Fehl bzw. Eddelhaar (z. B. Duchs-, Ziegen- oder Fuchshaar), Fehhaar, Marderhaar, Kinderschweinslederhaar mit mindestens 60 % Anteil	6350-40	15,4	24,6	11,0	17,57	40	153,4	180	

V O R D R U C K W E S E N

— 2130 —

Einzelfandel

Berlin, den 13. Februar 1957

Neufestsetzung von Standardvordrucken

Beim VEB Vordruck-Verlag, Berlin wurde als Standardvordruck neu festgesetzt:
Best.-Nr. 05/1119 „Protokoll über Preisenkung/-umsetzung“

Block 25×3 Blatt, A 5, quer

Auf diesem Vordruck können sechs Positionen gebucht werden. Bestellungen können beim Verlag bla-
sum

Weiter wurde neu festgesetzt:

Best.-Nr. 05/1119 „Kassenzettel-einfach“ — Lebensmittel

Block 50 Blatt, 5×10,5 cm

Für diesen Vordruck können Bestellungen entsprechend der „Anweisung Nr. 057“ (Werfg. u. Mitt. Nr. 6/57 S. 45) dem Verlag bis zum

25. Februar 1957

erteilt werden. Die Lieferung erfolgt ab Anfang März 1957. Sofern dem Verlag keine besonderen Lieferanforderungen gestellt werden, erfolgt die Lieferung als Frachtgut.

Vordruckmuster werden von den neu festgesetzten Standardvordrucken nach deren Erscheinen versandt.

— Verfg. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 72 St —

Fremd

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

I. Anweisungen

- Nr. 8/57 — Sachwertlotterie des DFD 55
- Nr. 10/57 — Aufbewahrung, Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen 55
- Nr. 11/57 — Zusammenfassung und Einreichung der monatlichen Finanzberichterstattung des GHS für Lebensmittel I. 57 56
- Nr. 12/57 — Über die Durchführung des Importleihhandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse — 56
- Nr. 13/57 — Monatliche Belastungslisten 59
- II. Preisdebatte
- Zur Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel wird Umwertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Preisfeste eingeführt werden 59
- Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. II/56 59
- Preisbewilligung Nr. I/VI/57/24 59
- Preisinstanz für Haushaltsporzellan, Besen, Bürsten und Pinsel 60
- III. Vordruckwesen
- Neufestsetzung von Standardvordrucken 62

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Vereinigung Berlin — Verlag (4) VEB Zentralverlag, Berlin O 15, Michaelkirchstraße 17. Fernruf: 07 61 11. Postcheckkonto: 14 00 05 — Erreichbarkeit: telefonisch — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Bezugspreis: vierseitig/Blatt 3,25 DM — Einzelauflage — 35 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ak 131/57 DDR — Druck: (68) Neues Deutschland, Berlin

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

25X1

1957

Berlin, den 23. Februar 1957

Nr. 8

BEGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Handel und Versorgung
DER MINISTER

BERLIN O 17, den 15. Februar 1957
Schließfachnummer 129

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Im August des vergangenen Jahres rief ich alle Mitarbeiter des staatlichen Einzelhandels auf, in einem Sonderwettbewerb alle Kräfte für die höchstmögliche Planerfüllung bei Industriewaren im 2. Halbjahr 1956 einzusetzen. Durch diesen Aufruf angestpornt, haben die Mitarbeiter in den einzelnen Industriewarenbetrieben im sozialistischen Wettbewerb einen wirklichen Kampf um die höchste Umsatzplanerfüllung geführt.

Eine wesentliche Verbesserung des Sortimentsangebots und der Verkaufskultur war der Ausdruck dieser Anstrengungen.

Bei der Auswertung des Sonderwettbewerbes für das 2. Halbjahr 1956 gingen die Betriebe

HO-Industriewaren Berlin-Pankow	mit 115,8 %
HO-Industriewaren Zossen	mit 114,96 %

als Republikssieger hervor. Sie erhielten Urkunden und je eine Prämie von 7000,- DM.

Ich möchte hiermit allen Kolleginnen und Kollegen des staatlichen Einzelhandels und insbesondere den Mitarbeitern der beiden Republikssieger und der Bezirkssieger meine besondere Anerkennung für ihre erzielten Leistungen aussprechen. Dabei hoffe ich, daß auch in diesem Jahre alle Kräfte eingesetzt werden, um eine höchstmögliche Planerfüllung zu erzielen und damit eine weitere Verbesserung der Versorgung unserer Bevölkerung zu erreichen.

ANWEISUNGEN

Berlin, den 15. Februar 1957

Anweisung Nr. 14/57

Vertragsumsetzung für Motorräder Type ES 175

für das Jahr 1956

- Die zwischen dem VEB Motorradwerk Zschopau und dem sozialistischen Handel sowie zwischen den sozialistischen Handelsorganen abgeschlossenen Verträge über die Motorradtype ES 175 für das Jahr 1956 gelten mit dem tatsächlichen Lieferzeitraum und termingesäß als erfüllt.
- Durch diese Anweisung werden die gemäß § 8 Abs. 6 der Sechsten Durchführungsbestimmung VVO erforderlichen schriftlichen Vertragsänderungen ersetzt.
- Diese Anweisung gilt nicht, soweit Vertragstreitigkeiten bereits durch Zahlung von Strafsummen oder Schadensersatz oder durch Entscheidung des Statistischen Vertragsgerichtes beigelegt wurden. Diese Anweisung wird im Einvernehmen mit dem Verband Deutscher Gummigroßgeschäftschaften erlassen.

W a c h
Minister

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 =

— Verfg. u. Mittig.

PREISDIENST

— 3660 —

Berlin, den 18. Februar 1957

Haushaltkühlshrank „Elektrokühler“

Hersteller: VEB Chemische Maschinenbauwerke, Rudisielben

Rückwirkend ab 1. Januar 1957 gelten für den Haushaltkühlshrank „Elektrokühler“, 45 Liter, vom VEB Chemische Maschinenbauwerke, Rudisielben, folgende Preise:

EVP	761,00 DM
EHS	114,12 DM
GAP	649,88 DM
GHS	60,88 DM
IAP	586,00 DM

Alle nach dem 1. Januar 1957 ausgelieferten Kühlshränke werden den Abnehmern vom Herstellerwerk neu berechnet bzw. Gutachten erteilt. An Kunden, die nachweisen den Haushaltkühlshrank zu 840,90 DM gekauft haben, ist die Differenz von 79,00 DM durch den Einzelhandel zu erstatten.

— Verfg. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 =

MITTEILUNGEN

— 5812 — Berlin, den 18. Februar 1957

Abschreitung des Teilzahlungsgeschäfts

In Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen, Hauptabteilung Geldumlauf und Kredite, Abteilung Sparkassen, wurde die Verzinsung der Refinanzierungs-kredite für Teilzahlungsverfahren, insbesondere die der überfälligen Forderungen, neu geregelt.

Im Interesse der Konzentration der gesamten Refinanzierung wird festgelegt:

- Die Sparkassen refinanzieren auf Konto Refinanzierung von Teilzahlungsgeschäften HK 2344 (Konto 9691 — Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlung →) folgende Teile der Kreditsumme:
 - alle Belträge für Kreditschuldner, die ihren Abfindungsverpflichtungen vereinbarungsgemäß zufallen (Kontovertrag oder schriftliche Zusatzzvereinbarung);
 - alle Kreditbelträge für Schuldner, die mit höchstens zwei Monatenstand im Rückstand sind und ordnungsgemäß durch die Handelsorgane gemacht wurden.

Das Konto HK 2344 (Konto 9691) wird mit 5% Zinsen und einer 1 1/4% Kreditprovision pro Monat (höchster Saldo) abgerechnet.

- Die Sparkassen refinanzieren über „Überfälliger Kredit aus der Refinanzierung von Abzahlungsgeschäften“ HK 2282 (Konto 9692 fällige Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlung) folgende Teile der Gesamtkreditsumme:

- alle Kreditbelträge für Schuldner, die mit höchstens zwei Monatenstand im Rückstand sind, aber nicht ordnungsgemäß durch die Handelsorgane gemacht wurden;
- alle Kreditbelträge für Schuldner, die mit mehr als zwei Monatenstand im Rückstand sind (überfällige und dubiose Forderungen);
- alle Kreditbelträge für Schuldner, mit denen Teilzahlungsverträge unter Verletzung oder Un-

gung der bestehenden Anweisungen und des geltenden Rechts abgeschlossen wurden (nicht im Warenzeichen enthaltene Waren, Vertragsabschluß mit Minderjährigen usw.).

Das Konto 2282 (Konto 9692) wird mit 7 1/4 p. a. netto abgerechnet.

3. Nicht refinanziert werden

- die Kreditaufschläge,
- uneinbringliche Forderungen.

Eine Forderung ist uneinbringlich, wenn alle Rechtsmittel bis zur fruchtlosen Pfändung erschöpft werden bzw. dann, wenn der Teilzahlungsbetrag nicht innerhalb eines Monats keine Zahlungen geleistet hat. Uneinbringliche Forderungen stellen für die Sparkassen kein Kreditobjekt dar.

Aus der Umstellung der Finanzierung der überfälligen Forderungen bei Teilzahlungsgeschäften ergeben sich folgende Kontenplanänderungen und Ergänzungen:

- Auf dem Konto 236 — Zweifelhafte Forderungen — werden jetzt überfällige und unerfüllbare Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften mehr. Zweifelhafte Forderungen sind auf Konto 2511 zu buchen. Das Konto 251 — Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften — wird untergliedert in
 - 2510 — Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft —
 - 2511 — Zweifelhafte Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft —.
- Da die Sparkasse nunmehr zwei Refinanzierungskonten führt, macht sich eine Unterteilung des Kontos 969 — Sonstige Verbindlichkeiten — notwendig.

Das Konto 969 wird unterteilt in

 - 9690 — Sonstige Verbindlichkeiten —,
 - 9691 — Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäft —,
 - 9692 — Überfällige Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäft —.

Der Ausweis des Teilzahlungsgeschäfts erfolgt nach wie vor in der NUK nach der Mitteilung vom 2. Februar 1957 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 6/57) zu informatorischen Zwecken und zwecks Finanzierung der zum Monatende noch nicht kreditierten Teilzahlungsgeschäfte.

Hierzu wird noch darauf hingewiesen, daß sich die in den Abschnitt B zu übernehmenden, noch nicht kreditierten Verrechnungsdokumente aus dem Teilzahlungsgeschäft ohne Kreditaufschläge verstehen.

Eine Übereinstimmung der Darunter-Position „Überfällige Forderungen“ mit der Darunter-Position „Überfällige Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften“ ist nur gegeben, wenn zum überfälligen Kreditbetrag die in den überfälligen Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft enthaltenen Kreditaufschläge hinzugerechnet werden. Da diese Kreditaufschläge werden beide Summen differieren.

Die Sparkassen sind monatlich über die Entwicklung des Teilzahlungsgeschäfts nach folgenden Positionen zu unterrichten:

- a) Stand der Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 2510)
- b) Stand der zweihalften Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 2511)
- c) Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 9691)
- d) Überfällige Verbindlichkeiten aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 9692)
- e) zum Monatende noch durch die Sparbanken erfasste Forderungen aus Teilzahlungsgeschäftsverträge (in NUK enthalten) (Konto 4913)

– Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 4/57 =

Berlin, den 16. Februar 1957

Anschaffung der Erstaustattung von Kolli aus Investitionskrediten

Mit Schreiben vom 23. Januar 1957 (Az. 231/Gu) erklärte die Zentrale der Deutschen Notenbank ihr Einverständnis zur Finanzierung der Erstaustattung von Kolli durch Investitionskrediten.

Sofern die Niederlassungen der GHK hierauf Gebrauch machen wollen, so muß sie an die für sie zuständige Niederlassung der Deutschen Notenbank einen entsprechenden Kreditantrag zu stellen, dem eine Berechnung über die zu erzielende Einsparung beigefügt ist. Die Befreiung von der Prüfung der Kreditaufschläge findet nicht in der Grundmittelphase zu aktivieren, sondern werden im Umlaufzeitabschnitt auf dem

Konto 122 – Bestand an Kolli –

ausgewiesen. Der hierfür von der Deutschen Notenbank gewährte Investitionskredit ist auf dem

Konto 9481 – Kredit für Kolli –

zu buchen. Die Konten 122 und 9481 sind in dem Fachkontrollenrahmen des volksseigenen Großhandels 1957 neu aufzunehmen.

Der Bestand auf dem Konto 122 wird durch die zu Lasten des Kontos 391 – Tilgung von Investitionskrediten – abbuchenden Tilgungen abgebaut.

Im Rahmen des Teils der Niederschrift über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditaufdeckung sind die Bestände auf den Konten 122 und 9481 im Teil C – Finanzierung sonstiger Umlaufmittel – auszuweisen. Die angefallenen Kolli sind besonders zu kennzeichnen und einzurichten. Bei der Anwendung der Kreditaufdeckungsinventuren sind sie nicht wertmäßig in der Inventarliste mit aufzunehmen, sondern nur mengenmäßig festzuhalten und mit dem Inventarverzeichnis zu vergleichen.

– 1500 —

Berlin, den 15. Februar 1957

Genehmigung für Berichterstattungen der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion

Gemäß § 3 Absatz 1 Buchst. b der Verordnung vom 20. Juli 1956 über die Betriebsaufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I S. 599) wird der Staatliche Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung eine Genehmigung im nachstehendem Umfang erteilt, die am 29. Januar 1957 unter Nr. 260/33 registriert wurde:

1. Der Leiter der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung ist berechtigt, Berichte zu den zentralen und bezirklichen Kontrollaufgaben von den Leitern der Unterabteilungen Staatlicher Handelsinspektionen einzuholen. Die Grundsätze, nach denen die von der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung herausgegebenen Kontrollrichtlinien (KRL) und Sonderkontrollrichtlinien (SKR) sowie die gemeinsam mit den Abteilungsleitern Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke festgelegten bezirklichen Aufgaben.
2. Die Kontrollen der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektionen erfolgen durch periodische Feststellungen in betrieblichen Handelsabteilungen und Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise, durch Einsichtnahme in vorliegendes Material und Aussprachen mit Staats- und Wirtschaftsbeamten.
3. Unter dieser Genehmigung fallen nicht gleichartige schriftliche Befragungen einer Mehrzahl von Staats- und Wirtschaftsorganen. Ferner werden solche Befragungen von Wirtschaftskundmachern nicht durch diese Genehmigung gestattet. Durch die Beauftragung zunächst Berichte nachgeordneter Dienststellen oder Handelsbetriebe angefordert werden müssen.
4. Der Leiter der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung trägt die Verantwortung dafür, daß der vorstehend festgelegte Umfang dieser Genehmigung nicht überschritten wird.
5. Diese Genehmigung wird bis zum 20. Januar 1958 befristet.
6. Die Kontrollfunktionen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik werden durch diese Genehmigung nicht beeinträchtigt. In Zweifelsfällen ist stets ihre Entscheidung einzuholen."

– Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 =

– 5250 — Berlin, den 12. Februar 1957

Beförderung von Lebensmitteln durch Fahrzeuge der Landkreispost

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen teilt mit, daß vom staatlichen und genossenschaftlichen Handel die in der „Anordnung vom 25. August 1956 über die Beförderung von Lebensmitteln im Landkreispostwesen“ festgelegten gesetzlichen Leistungen hinsichtlich der Verpackung nicht genügend beachtet werden. Demnach ist es nicht statthaft, Fleisch- und Backwaren in offenen Behältern, die in der Regel in ungeöffneten Lattinen geliefert werden, bei der Landkreispost zur Beförderung zu übergeben. Der Ministerium für Post- und Fernmeldewesen beabsichtigt, unverschließbar verpackte Lebensmittelsendungen künftig von der Beförderung ausgeschlossen zu haben.

Somit spätestens 1. April 1957 ist für eine vorbehaltlose Verwendung entsprechender der Anordnung zu sorgen. Den Betrieben wird empfohlen, verschließbare Behälter für diese Zwecke zu verwenden. Damit wird den hygienischen Bestimmungen und auch der notwendigen Sicherheit Rechnung getragen.

– Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 =

— 3300 —

Berlin, den 14. Februar 1957

Durchführung der Bedarforschung

Auf Grund von Anträgen seitens der Abteilung Handel und Wirtschaft des Rates des Kreises und Bezirks sowie der Handelsorgane betr. künftiger Durchführung der Bedarforschung wird folgende Information gegeben:

Die im 1957 stellenden neuen Formen der Planung und Abrechnung, die Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den Betrieben des staatlichen Groß- und Einzelhandels sowie eine Reihe anderer Maßnahmen gestatten es nicht mehr, die Bedarforschung auf der bestehenden Basis durchzuführen und erfordern eine Abänderung des Kollegiumsbeschlusses vom 13. Juli 1956.

Aus dem gleichen Grunde konnten auch die laut Kollegiumsbeschluß vom 13. Juli 1956 angekündigten Richtlinien über die Durchführung der Bedarforschung nicht umgesetzt werden.

Die für die Berichterstattung über die Ergebnisse der Bedarforschung im III./IV. laut Verfügungen und Mitteilungen Nr. 22/56 getroffene Übergangsregelung brachte keine befriedigenden Ergebnisse. Von einer Berichterstattung im IV./V. wurde deshalb abgesehen. Zur Zeit wird im Ministerium die Neuordnung der Durchführung der Bedarforschung festgelegt. Ungeachtet der endgültigen Festlegungen kann schon heute informatorisch mitgeteilt werden, daß die künftige Form der Berichterstattung über die Ergebnisse der Bedarforschung im III./IV. vorgesehen ist und daß sie im Kollegiumsbeschluß vom 13. Juli 1956 festgelegt. Insbesondere wird darauf verzichtet, die Bedarforschung im bisherigen Maße zu zentralisieren und die Methodik der Berichterstattung in soviel wie möglich alle Organe verbindliches System zu pressen. Den einzelnen Organen wird künftig das höchste Maß an eigener Entscheidung auf diesem Gebiet gewahrt werden. Der Einfluß der Form und Methodik wird sich das Ministerium in wesentlichen auf Empfehlungen und Hinweise beschränken.

Die regelmäßigen verbindlichen Berichte über die Ergebnisse der Bedarforschung werden künftig fortfallen.

Demgegenüber soll das System der repräsentativen Bedarfsermittlung mit weitgehenden Fragestellungen und wechselseitigen Abstimmungen beibehalten werden. Der direkten Verbraucherbefragung wird ebenfalls besondere Bedeutung beigemessen. Sie soll künftig nicht nur auf zentraler Ebene, sondern auch von einzelnen Groß- und Einzelhandelsorganen durchgeführt werden.

— Verfg. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 —

— 5241 —

Berlin, den 12. Februar 1957

Katalog „Technik im Handel“

Entgegen der Bekanntmachung auf der Arbeitstagung der Oberreferenten für Organisation und Arbeit der Räte der Bezirke am 27. November 1956 über die Verteilung des vorgenannten Katalogs an den staatlichen Einzel- und Großhandel wird zur Kenntnis gegeben, daß die Zentrale Leitung der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau die Verteilung über die Niederlassungen in den Bezirken vorgenommen hat.

Der von den Räten der Bezirke bekanntgegebene Bedarf wird als Grundlage für den Verteilerschlüssel an die Niederlassungen genommen. Sollte der Verteilerleiter DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau, werden die Niederlassungen anwiesen, die Verteilerleiter zur Einsichtnahme durch die Abteilung Handel und Versorgung der Räte der Bezirke bereitzuhalten.

66

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, die Handelsorgane auf die Möglichkeiten des Bereiches des Katalogs bei den örtlichen Niederlassungen der DHZ Maschinen- und Fahrzeuge sowie auch der DHZ Elektrotechnik hinzuweisen.

Es wird empfohlen, daß Sie in die vorliegenden Verteilerschlüsse bei den genannten Niederlassungen Einzelnahmen, um die noch fehlenden Handelsorgane auf die Bezugsmöglichkeiten hinzuweisen zu können. Die Aushändigung des Katalogs erfolgt kostenlos.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

— 4400 — Berlin, den 9. Februar 1957

Rahmenstellenplan für die bildenden Transportgemeinschaften des Handels

Auf Grund der Erfahrungen der im Bereich des staatlichen Großhandels bereits bestehenden Transportgemeinschaften in Halle und Eisenberg sowie in Ausweitung des Sollziels für die Fahrtzeit der Konsumgenossenschaften wird den Räten der Bezirke bzw. den Niederlassungen der Großhandelskontore bei der Bildung von Transportgemeinschaften folgender Rahmenstellenplan mit den entsprechenden Vergütungsgruppen laut VBV-Tarif empfohlen:

1. Transportlieferer	bis 19	FE	1/V
	20-45	FE	1/IV
	46-70	FE	1/III
	über 70	FE	1/II
2. Einsatzleiter	bis 19	FE	—
	20-45	FE	1/V
	über 45	FE	1/IV
3. Buchhalter	für alle Größen	—	1/V
4. technische Kräfte	20-45	FE	1/VI
(Tiefure, Schreib- kraft, Lohnrechner)	46-70	FE	2/VI
	über 70	FE	3/VI; 1/VII

Die Anzahl der Kraft- und Beifahrer sowie eventuell notwendiger Kraftfahrzeughandwerker richtet sich nach den örtlichen Notwendigkeiten.

Die Entlohnung der Kraft- und Beifahrer erfolgt entsprechend der Dritten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Erhöhung des Arbeitstooches für qualifizierte Arbeiter der Lohngruppen V bis VIII in bestimmten Zeiträumen der volkseigenen Wirtschaft — Entlohnung der Kraftfahrer — vom 10. März 1954 (GBL Nr. 30 S. 300).

Die anzuwendenden Tarife für die Entlohnung der Kraftfahrzeughandwerker werden in einer späteren Mitteilung veröffentlicht.

Jedes Fahrzeug (LKW, Anhänger, Gespann), das zum Warentransport außerhalb des Lagers verwendet wird, gilt — sofern im Besitz der Niederlassung — als eine Fahrzeugeinheit (FE). Fremdfahrzeuge können nach folgendem Schlüssel hinzugerechnet werden:

Die Summe der monatlichen Einsatzstage von Fremdfahrzeugen wird durch 25 (Tage) geteilt. Dann erhält der Betrieb die entsprechenden Fremdfahrzeuge. Bei der Addition zu den eigenen Fahrzeugeinheiten zählen drei Fremdfahrzeugeinheiten als eine eigene Fahrzeugeinheit.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

→ 1361 →

Berlin, den 18. Februar 1957

Vergriifene Ausgaben der "Verfügungen und Mitteilungen"

Immer wieder werden Ausgaben der "Verfügungen und Mitteilungen" nachgewiesen, die die längst völlig vergriffen sind. Einige der verlangten Hefte sind leider nicht möglich. Es wird daher auf einige Verfügungen des VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG verwiesen, in denen besonders oft verlangte Anweisungen und Richtlinien abgedruckt oder behandelt werden.

Die im Heft 11/55 des Verfügungsbüchleins veröffentlichte Anweisung Nr. 31/55 – Wahrung der Rechte der Käufer beim Kauf mangelhafter Sachen (Industriewaren) sowie Bestimmungen über Gewährleistungsansprüche bei Lebensmittelwaren behandelt die Broschüre

Fehlerhafte Ware – Geld zurück?
von Werner Stolz, 32 Seiten, broschuriert, 1,70 DM.

Ein umfassendes Nachschlagewerk ist das Handbuch **Zusammenge stellt und erläutert von Hans Madry**. Überprüft von einem Kollektiv des Ministeriums für Handel und Versorgung und Verkaufsstellenrat der staatlichen Einzelhandels. 480 Seiten, broschuriert. Lge. Dfl. 10,-

In diesem Werk gelangen u. a. die Richtlinien über Lagerhaltung und Verkauf von Lebensmitteln aus den Heften 19 und 11/54 zum Abdruck. In weiteren Abschnitten werden „Schwund – Inventurdifferenzen“, „Stellung, Rechte und Pflichten der Verkaufsstellen“, „Erfassung und Bewertung von Lebensmitteln“ sowie „Leergut“ und „Brandabschutz“ behandelt und jeweils die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zitiert. Im Anhang befinden sich die Lagerordnung für den staatlichen Großhandel, die Lagerbestimmungen sowie „Anleitung zur Lagerung der einzelnen Warenarten“ und die „Verordnung über die Staatliche Handelsinspektion“. Ein alphabeticches Sachregister erleichtert die Orientierung.

– Verg. u. Muster. Min. f. H. u. V. Heft 6/57 =

→ 5436 →

Berlin, den 4. Februar 1957

**Zu den Erläuterungen
zur Arbeitskräfteplanabsrechnung (AQ/EH)
im staatlichen Einzelhandel (HO)**

für das Jahr 1957

Um die Betriebe rechtzeitig über die Arbeitskräfteplanabsrechnung (AQ/EH) für das Jahr 1957 zu informieren, werden nachstehend die Erläuterungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlicht. Eine gesonderte Herausgabe der Erläuterungen durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik erfolgt nicht. Die Veröffentlichung der Formblätter an die Betriebe wird wie bisher durch die zuständige Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vorgenommen. Die Auslieferung der Berichtsbogen für das I/1957 ist Anfang März 1957 zu erwarten.

Die Erläuterungen sind geziesshaft durchzuarbeiten, wobei besonders die gegenüber der Berichterstattung für das Jahr 1956 eingetretenden Veränderungen zu beachten sind.

Staatliche Zentralverwaltung
für Statistik beim Ministerrat

Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabsrechnung (AQ/EH) im staatlichen Einzelhandel (HO) für das Jahr 1957

Der Berichtsbogen der Arbeitskräfteplanabsrechnung für das Jahr 1957 enthält einige Änderungen und verschiedene Verbesserungen, die auf Grund besonderer Belange des Ministeriums für Handel und Versorgung und der Strukturveränderung der HO-Kreisbetriebe zu berücksichtigen sind.

Alle HO-Betriebe (mit Ausnahme der säulenreinen HO-Kreisbetriebe) untergliedern den Umsatz, die Handelsspannenerlöse, den Pro-Kopf-Handelsspannenverlust des Verkaufspersonals (Vollkraft), den Pro-Kopf-Handelsspannenverlust des Verkaufspersonals (Vollkraft), die Anzahl des Verkaufspersonals, die Bruttolohnsummen und die Durchschnittslöhne (Vollkraft) nach den einzelnen Handelsästen. Die säulenreinen HO-Kreisbetriebe füllen nur die für ihre Handelsäste zutreffenden Zellen aus.

Für Gemütswarenverkaufsstellen (mit Lebensmittel- und Industriewaren) hat die Zuordnung – soweit eine Untergliederung nach Handelsästen nicht möglich ist – nach dem jeweils überwiegenden Umsatzanteil zu erfolgen.

I. Berichtsweg und Termine

A. Die Betriebe melden bis zum 12. Werktag nach Berichtszeitraum:

1. HO-Kreisbetriebe an:
 - a) Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises,
 - b) Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;
2. Zentral geleitete HO-Warenhäuser, HO-Z-Gaststätten sowie Versandhaus Leipzig an:
 - a) Ministerium für Handel und Versorgung – Hauptverwaltung D-Betriebe –,
 - b) Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik,
 - c) Bezirkssstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;
3. HO Wismar und HO Vertrieb an: zuständige Hauptverwaltung.

B. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise reichen die Ergebnisse der zusammengefaßten AQ/EH-Meldungen der Betriebe bis zum 15. Werktag nach Berichtszeitraum auf Formblatt AQ/EH an

die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes ein.

C. Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und die Hauptverwaltungen HO Wismut und HO Vertrieb reichen die Ergebnisse der zusammengefaßten AQ/EH-Meldungen der Betriebe bis zum 28. Werktag nach Berichtszeitraum auf Formblatt AQ/EH:

1. Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes für die HO-Kreisbetriebe an:

- Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung (dreifach),
- Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;

2. Hauptverwaltung HO Wismut und HO Vertrieb an:

- Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung (zweifach),
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik — HA IV —.

II. Allgemeines

1. Berichtsverdruß AQ/EH

A. Allgemeine Angaben

B. Warenumsatz, Erlöse und Produktivität

Hier wurde auf Grund der Strukturveränderung einer Umlagerung auf Handelsräte vorgenommen. Ferner wurden für „seit Jahresbeginn“ eine Planstapse für die Umsätze und Erlöse und für die Produktivitätsberechnung für „seit Jahresbeginn“ die Spalten „Plan-Int.“ und prozentuale Erfüllung“ aufgenommen.

C. Beschäftigte, Bruttolohnsummen und Durchschnittslöhne

Die Lehrlinge sind nicht mehr unter dem „Personal im Handelsbereich“, sondern in der Zeile 5 und 5.12 „Sonstiges Personal“ auszuweisen. In der Zeile 7.2 sind die Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter 16 Jahren im Verhältnis 2:1, d.h. für zwei Jugendliche ein Bruttolohn einzutragen. Die Zeile „Verkaufspersonal mit Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag“ wird nur noch im Abschnitt D — Arbeitzeitchart — aufgeführt.

Auf Grund der Strukturveränderungen ist die Untergliederung des Verkaufspersonals in Vollkräfte und auf die beiden vornehmen (Zeilen 8.1 bis 8.3). Ferner ist in Zeile 9 das „Sonstige Handelspersonal“ in Gaststätten (aus Id. Nr. 2) umgerechnet in Vollkräften auszuweisen.

D. Arbeitszeitblatt

Im Jahre 1957 wird statt des Ausweisen der Arbeitsstundenminderung eine Arbeitszeitblitztanz nur für das „Verkaufspersonal“ eingeführt.

E. Belegschaftswechsel (s III., Punkt 4, Seite 7!)

F. Lohnbestände und nicht aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge

In der vollen Nomenklatur sind die Lohnbestände und nicht aus dem Lohnfonds der Arbeitsleistungen gezahlten Bedräge nur noch im II. Quartal für das erste Halbjahr 1957 insgesamt (Spalte 2) zu medieren.

Jedoch sind in den Zeilen 2.2 bis 2.6 auch im I., III. und IV. Quartal die für das jeweilige Quartal gezahlten Beträge (Spalte 1) auszuweisen.

2. Sonstige Einrichtungen

Die sind Fachschulen, Forschungsinstitute usw., die dem Ministerium für Handel und Versorgung unterstehen. Sie werden auf Formblatt AQ/EH zu medieren. Sonstige Einrichtungen Formblatt AQ/S befragt.

3. Zu den in der AQ/EH-Meldung mitzuerfassenden Betrieben des Dienstleistungsbereiches bzw. der Beschäftigten des Dienstleistungsbereiches gehören:

- Hotels
- Druckereien
- Pausierheim
- Veranstaltungsanstalten
- Wissenschaften
- Reparaturwerkstätten (Optik, Rundfunk, Mechanik)
- Fotolabore
- Mbd., Konfektions- und Reparatur Schneiderien¹⁾
- Hut- und Putzmacherien
- Schuhreparaturwerkstätten¹⁾
- Friseurstuben¹⁾
- Blumen- und Kranzindustrien
- Büder¹⁾
- Lotto- und Totomannhestellen
- Belastungs- und Unterhaltungseinrichtungen in Restaurants
- Garderobieren- und Toilettenpersonal in Gaststätten.
- 1) nur für Kunden.

III. Begriffsbestimmungen

Abschnitt B

1. Warenumsatz und Erlöse

a) **Warenumsatz**
Die Positionen 1 bis 1.3 beinhalten den reinen Warenumsatz im eigenen Nutzen. In den Warenumsatz sind nicht mit einzubeziehen: Kohle-, Gebrauchtwaren-, Antiquitäten- und Agenturbgw., Überlassungsvertragspartnerumsätze. Der Warenumsatz muß mit der Finanzmeldung Pos. 1 bis 1.3 übereinstimmen.

b) Handelspannenerlöse und Erlöse aus Nebenleistungen

Die Positionen 2 bis 2.3 (Handelspannenerlös und Erlöse aus Nebenleistungen) umfassen:
 aa) die Einzelhandels-, Gaststätten- und teilweise noch vorhandene anteilige Großhandelsspanne,
 bb) die Erlöse aus dem Verkauf von Kohlengutscheinen,
 cc) die Erlöse aus Nebenleistungen (Erlöse aus Leer- und Altpapierverkauf, Korkengelder usw.)
 dd) die Erlöse aus Dienstleistungen, aus Vertriebsgeschäften und aus dem Ankauf von Gold und Silber, soweit sie von Verkaufskräften erzielt werden, die neben ihrer Haupttätigkeit (Warenumsatz) zusätzlich angeführte Tätigkeiten durchführen.

Die zuvor aufgeführten Erlöse müssen mit den Positionen 4 bis 4.3 und 6 der Finanzmeldung übereinstimmen.

c) Erlöse aus Dienstleistungen einschließlich Hauptleistungen bei HO-Gästen.

Die Positionen 3.1 bis 3.3 umfassen: die Erlöse aus Dienstleistungen, sofern sie ausschließlich oder hauptsächlich durch die Tätigkeit der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich erbracht werden. Es kann sich ferner darum handeln, solange für das Teilzahlungsgeschäft, die Erlöse aus dem Verkauf von Gebrauchswaren und Antiquitäten sowie aus dem Ankauf von Gold und Silber, wenn diese Tätigkeiten nicht mit dem reinen Warenverkauf gekoppelt sind.

Außerdem rechnen hierzu die Erlöse aus Verleihgut, die aufgrund einer vorherigen Vereinbarung vom Verkauf durchgeführt werden und damit getrennt geplant und abgerechnet werden können.

Die aufgeführten Erlöse müssen mit den Pos. 5 der Finanzmeidung übereinstimmen.

Abschnitt C

2. Beschäftigte, Bruttolohnsummen und Durchschnittszahlen

a) Durchschnittszahl der Beschäftigten

Für die Zuordnung der Beschäftigten zu den einzelnen Beschäftigungsgruppen ist der in den „Verfügungen und Bestimmungen Nr. 31 (S. 100) aufgestellte“ Beschäftigungszeitraum maßgeblich. Dabei sind besonders die dort vorgenommenen Veränderungen in der Zuordnung der Beschäftigten zu den einzelnen Beschäftigungsgruppen gegenüber dem Jahrplan 1956 zu beachten.

ab) Durchschnittszahlen der Beschäftigten (Kopfzahlen) (Zeil 1 bis 7)

Die Kopfzahlen (Abschnitt C) im Quartalsdurchschnitt sind, ausgehend von einer täglichen Anschreibung zu ermitteln. Grundlage dafür sind die zu führenden Anwesenheitslisten bzw. Stundennachweise oder das Zeitnachweisdokument der Lohnabrechnung. Bei folgendem Stundennachweis für eine Woche, der auf den Montag bzw. das Quartal erweitert werden kann, wird die Ermittlung der Kopfzahlen (Z-Zahlen) erläutert.

Stundennachweis

	Kopftzahl	Vollrath	Anzahl der Arbeitsstunden mit Kurzarbeit h.	Anzahl der Arbeitsstunden mit Kurzarbeit h.	Abschneidungs-
1. 2. 3. 4. 5. 6.					Std.
1. Müller	8 8 8 8 8 8	1	1	—	—
2. Lehmann	8 8 8 — — —	1/2	1/2	—	—
3. Kunze	— — — 8 8	1/2	1/2	—	—
4. Vollrath	4 4 4 4 4 4	1	1/2	1	24
5. Köhler	4 4 4 — — —	1	1/2	1/2	12
6. Bert	— — — — 8	1/2	1/2	—	—
7. Krug	— — — — 4 4	1/2	1/2	1/2	8
8. Finke	2 2 2 2 2 2	1	1/2	1	36
	4 1/2 3 1/2 2 1/2				80

Zu 2. Lehmann: Arbeitsverhältnis wurde Mitte der Woche gelöst

3. Kunze: Arbeitsverhältnis wurde am Freitag aufgenommen

4. Vollrath: 4-Stunden-Kraft

5. Köhler: 4-Stunden-Kraft; Arbeitsverhältnis wurde Mitte der Woche gelöst

6. Bert: Ausbildungskraft

7. Krug: Ausbildungskraft; Aufenthaltszeit durch Kurzarbeit. In Arbeitseinsatzabrechnung erbracht werden. Es kann sich ferner darum handeln, solange für das Teilzahlungsgeschäft, die Erlöse aus dem Verkauf von Gebrauchswaren und Antiquitäten sowie aus dem Ankauf von Gold und Silber, wenn diese Tätigkeiten nicht mit dem reinen Warenverkauf gekoppelt sind.

8. Finke: 2-Stunden-Kraft.

Eine exakte Ermittlung der Kopftzahlen ist auch an Hand des Lohnjournals bzw. der Lohnlisten möglich, wenn in ihnen u.a. der Zeitraum der Betriebsaufenthalte (z.B. 1. bis 15., 16. bis 31., 7., 14., 21., 28. usw.) und die Anzahl der zu entlohnenden Stunden (208, 104, 52, 48 usw.) aufgeführt werden.

Zur Zeile 72 (Abschnitt C) ist zu bemerken, daß hier die Anzahl der vom Betrieb eingestellten Jugendlichen unter 16 Jahren (ausbildungsfähig) mit dem Wert der Zeile 2-1 (2 Jugendliche unter 16 Jahren → 1 Arbeitskraft) einzutragen ist. Wenn also z. B. ein Betrieb 4 Jugendliche unter 16 Jahren eingestellt hat, ist die Anzahl dieser Jugendlichen in der Summe der durch die Beschäftigungsgruppen (Zeile 1 bis 7 → zuordnen, und in Zeile 7.2 sind dann anzahlmäßig 2 einzutragen).

b) Durchschnittszahlen der Beschäftigten (Vollkräfte) (Zeilien 8 bis 9)

Für die Ermittlung der richtigen Durchschnittszahlen der Vollkräfte im Quartal ist es notwendig, ausgehend von den durch tägliche Anschreibung zu ermittelnden Kopfzahlen (G-Zahlen), die tatsächliche Anzahl der Ausfallstunden durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und Schutzbestimmungen (siehe Beispiel Stundennachweis) zu errechnen.

Die Berechnung erfolgt dann z. B. wie folgt:

Kopfzahl	Stunden je Kopf im Quartal	
1 097 270	1 097 270 Std.	1 097 666 Std.
J. Ausfall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und Schutzbestimmungen	43 294 Std.	
1 097 270 Std. - 43 294 Std.	1 097 270 Std.	1 053 382 Vollkräfte

b) Bruttolohnsumme

Hier sind die tatsächlich gezahlten Bruttolöhne aufzuführen. In die Summe der Bruttolöhne sind folgende Lohnbestandteile einzubeziehen:

a) tariflicher Grundlohn einschließlich Urlaubslohn

Zeitlohn,
Leistungsgrundlohn,
Gehalt,
Einzelvertragsgehalt,
Lehrlingengehalt (ist unabhängig von der durch den Haushalt übernommenen Teilfinanzierung in voller Höhe auszuweisen [Zeile 5.12]).

Bezahlung von Freizeit oder zusätzliche Bezahlung

Lohn für gesetzliche Urlaub, Feiertage, Haushaltstage, Sozialtag und Lebzelttag; Wahrnehmung staatsbürglicher Verpflichtungen, Wahrnehmung persönlicher Interessen, Bezahlung von Arztausfällen und Stillzeiten.

Können einzelne Bestandteile der Bruttolohnsumme auf Grund des bestehenden Kontenrahmens nicht direkt aus den Unterlagen der

Berichtigung den einzelnen Beschäftigungsgruppen zugerechnet werden, so müssen die Urbezüge einzuzeichnen werden.

Die Bezahlung für Urlaub, Feiertage usw. ist nicht mit den Lohnbezügen, sondern den tatsächlich angefallenen Beträgen in die Brutto-Lohnsumme einzubeziehen.

Abschnitt D

3. Arbeitszeitbilans

Die nominelle Arbeitszeit ist wie folgt zu errechnen:

Kalenderstage des Quartals,

✓ Sonn- und Feiertage bzw. die als Ersatz dafür zu gewährenden Ruhestage,

= Anzahl der Kalendersarbeitsstage,

✗ Anzahl der tatsächlichen durchschnittlichen Arbeitskräfte (Kopfzahl),

✗ 8 (Stunden).

Die Betriebe, in denen an einzelnen Kalendersarbeitstagen eine Abweichung von der normalen Arbeitszeit (8 Stunden) vorhanden ist, gehen bei der Berechnung der tatsächlichen Arbeitszeit für das Quartal nicht ausschließlich vom Schichtdienstag aus, sondern von den sich tatsächlich je Kalendersarbeitsstag ergebenden Kalendersarbstunden.

Fallen die für die Sonn- und Feiertagsarbeit zu gewährenden Ruhestage in das im Berichtsquartal folgende Quartal, so sind sie nicht im Berichtsquartal, sondern im folgenden Quartal von den Kalendersarbeitstagen abzusetzen.

In Zeile 2,1 ist einzutragen der Aufbau durch gesetzlichen Urlaub, tariflicher Jahresurlaub laut Verordnung über den Erholungsurlaub vom 7. Juni 1951 (GBl. Nr. 89/1951); Durchführungsbestimmung vom 30. September 1951 (GBl. Nr. 117/1951) sowie laut Einheitsvertrag über Arbeitszeit und -zeitabrechnung von weiblichen Beschäftigten nach § 34 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werktagigen vom 20. Mai 1952 zustehen, durch Schwangerschafts- und Wochenurlaub gemäß § 10 des Gesetzes über die Arbeitszeit und die Kindererziehung, die Rechte der Frau vom 27. September 1950 (GBl. Nr. 111/1950), durch Trennungsurlaub und Sonderurlaub zur Wahrnehmung persönlicher Interessen gemäß § 33 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werktagigen vom 20. Mai 1952 (GBl. Nr. 64/1952). In Zeile 2,2 sind die Freizeiten anzugeben, die den Werktagigen auf Grund des § 32 der Verordnung zur Wahrung der Rechte der Werktagigen vom 20. Mai 1952 für die Wahrnehmung staatsbürglicher Verpflichtungen oder die Ausübung eines öffentlichen Amtes gewährt wurden.

Außerdem sind hier die Ausfälle durch Betriebsversammlungen, betriebliche und außerbetriebliche Kundgebungen, Arbeitserstungen und Sitzungen aller Art (soweit sie ausnahmsweise noch während der Arbeitszeit durchgeführt werden), nachzuweisen. Das weiteren sind hier die Ausfallstunden einzutragen, die durch Streik, Blockade, Lenkung und Tagungen der demokratischen Organisationen, der volkseigenen Betriebe und der Verwaltungen laut Anordnung über Freistellung zu Schulungs- und Ausbildungszwecken vom 18. November 1948 (ZVBl. Nr. 55/1948) ergeben.

In Zeile 2,3 wird der Auffall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und infolge Schutzbestimmungen eingetragen.

Der Auffall durch Kurzarbeit infolge Schutzbestimmungen ergibt sich aus der Kurzarbeit

der Jugendlichen,
der Arbeit in gesundheitsschädlichen Werkstätten,
der stillenden Mütter usw.

bb) Mehrverdiente

Mehrverdienste bei Leistungslohnarbeit, Leistungsspanne (Differenzbeiträge zwischen dem tariflichen Grundgehalt und dem derselbigen Gehalt),

Prämien für Umsatzausbau für das Verkaufspersonal und Bedienungspersonal, Verkaufsstellen- und Betriebsstätteneleiter,

Prämien für Lehrausbilder,

Prämien für Planüberprüfung entsprechend der Verteilung der Produktionsverordnung für das ingenieur-technische Personal einschließlich der Meister und des kaufmännischen Personals,

Prämien für Planerfüllung und -Übererfüllung

cc) Lohnzuschläge

Zuschläge für Arbeitserschwernde (Schmutz, Hitze, Gefahr) und für planmäßige Schichtarbeit (Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit),

Lohngruppenausgleich,

Leistungslohnausgleich,

Zuschlag für Überstunden,

Sonderzuschläge für Betriebe in der Sperrzone.

dd) Nicht in die Brutto-Lohnsumme einzubeziehen sind:

Krankengeldzuschüsse,

Prämien auf dem Direktorfonds bzw. Sozialfonds der Betriebe,

Prämien für Verkaufspersonal bei Unterschreitung der festgelegten Schwundsätze für bestimmte Waren,

Weggeleider,

Trennungsschädigungen,

Reisekosten,

Tage- und Übernachtungsgelder,

Ausstellungen,

Personaleinstellungs kosten,

Umrücksosten,

Wohn- und Mietbeihilfen,

Notfallsunterstützungen,

Aufwandsentschädigungen,

vom Betrieb zu leistende Sozialbeiträge einschließlich der Unfallumlagen und der Beiträge zur zusätzlichen Altersversorgung.

c) Durchschnittslöhne

Durchschnittslöhne dürfen nicht addiert werden; sondern müssen durch die Zeile 2,1 und 2,2 des Abschnitt C durch entsprechende Division errechnen. Die Berechnung der Durchschnittslöhne je Kopf der Beschäftigten ist nach folgenden Richtlinien vorzunehmen:

A/Q/E/H

Spalte 13 Soll	Spalte 13 Ist	Abschnitt C Spalte 8	Abschnitt C Spalte 9	Abschnitt C Spalte 8

Der Arbeitsstundenausfall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag für Halbtags- und sonstige Teilkräfte betrifft sich auf den Unterschied der von der Kursarbeit (Teilleistung) geleisteten Arbeitsstunden gegenüber der üblichen Normalarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche.

In der Zeile 2, 3 sind als „Sonstiges Fehlen“ alle Ausfallstunden abzurechnen, die nicht auf gesetzlicher Grundlage beruhen. Dabei ist sowohl das entschuldigte Fehlen, für das der Gesetzgeber keine Bezahlung vorsieht, als auch unentschuldigtes Fehlen nachzuweisen. Die Ausfallstunden durch das unentschuldigte Fehlen (Arbeitsbummeln) sind in der Zeile 2, 51 als „Daranterzahl“ (die nicht größer sein darf als Zeile 2, 5) gesondert auszuweisen.

In Zeile 4 sind die Überstunden anzugeben. Überstunden sind alle Arbeitsstunden, die über die gesetzlich zugelassenen Arbeitsstunden hinaus gehen und mit einem Zuschlag beglichen werden. Zusätzliche Arbeitsstunden, die auf Grund gesetzlicher Ausnahmefeststellungen an anderen Tagen durch Arbeitsleistungserbringung ausgegliedert werden, gelten nicht als Überstunden.

A b s c h n i t t E

4. Belegschaftswechsel

Bei den Angaben im Abschnitt „Belegschaftswechsel“ sind — um zukünftig eine Reihe grundsätzlicher Fehler zu vermeiden — folgende Hinweise zu beachten:

- a) In den Spalten 1 bis 3 ist nur die effektive Anzahl der Beschäftigten laut Unterlagen der Kaderstatistik anzugeben.
- b) In der Zeile 1 gesamt ist das gesamte Personal, also einschließlich der Beschäftigten im Personalausbildungsbereich und des Sonstigen Personals, zu verstehen.
- c) Bei Strukturveränderungen Zusammenlegung von HO-Betrieben, Abgabe bzw. Übernahme der Betriebsstätten anderer HO-Betriebe usw. ist die entsprechende Zahl der Arbeitsstunden, die davon berührt wird, zunächst mit unter dem Belegschaftswechsel in Form von Zu- und Abgängen auszuweisen. Um jedoch einen realen Belegschaftswechsel zu erhalten, ist es erforderlich, in den Spalten 2 und 3 als Klamm-

merzahl darunter, die Anzahl der Kräfte einzutragen, die infolge von Strukturveränderungen in den Betrieb eingehen oder ihn verlassen.

	Beschäftigte insgesamt	Zugänge im Quartal	Austritte im Quartal	Beschäftigte insgesamt
	am Ende des Berichtsquartals	im Quartal	im Quartal	am Ende des Berichtsquartals
a) 1. Beschäftigte insgesamt	300 (20)	60	60	300
1.1 darunter Verkaufspersonal	150 (10)	30	30	150
b) 1. Beschäftigte insgesamt	600 (20)	60	120	480
1.1 darunter Verkaufspersonal	300 (20)	30	90	180

Nach wie vor muß die Spalte 1 + 2 = 3 die Spalte 5 ergeben.

d) Die Anzahl der Beschäftigten insgesamt (bzw. Verkaufspersonal) am Ende des Berichtsquartals muss mit der höchsten (Q1) der Monate übereinstimmen und hier als die Anzahl der Beschäftigten insgesamt (bzw. Verkaufspersonal) am Ende des vorhergehenden Berichtsquartals erscheinen. Eine Abweichung zwischen diesen beiden Zahlen kann es nicht geben.

A b s c h n i t t F

5. Lohnbeständliche und nicht aus dem Lohnfonds des Arbeitskräfteplanes gehaltene Beträge

Es ist zu beachten, daß die Positionen 2.1 bis 2.8 Darumzahlen von Pos. 2 und die Positionen 3.1 und 3.2 Darumzahlen von Pos. 3 sind.

Die Pos. 4 (Bruttolohnsumme) muß für das I. Halbjahr mit der Zeile 7 Sp. 9 des Abschnittes C (Lohnsumme der Gesamtbeschäftigten insgesamt) übereinstimmen.

Es ist ferner darauf zu achten, daß sämtliche Werte dieses Abschnittes nur im II. Quartal für das I. Halbjahr 1957 auszufüllen sind.

Nur bei den Id. Nrn. 2.2 bis 2.8 sind auch im I., III. und IV. Quartal die entsprechenden Quartalssummen einzusetzen.

gez. Schönborn
Abteilungsleiter

Min. f. R. u. V.

Heft 8/57

- Verzg. u. Mistig.

V O R D R U C K W E S E N

— 2130 —

Berlin, den 28. Februar 1957

„Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

Von den Groß- und Einzelhandelsbetrieben (GHK und HO) wird der gemeinsame Vordruck

Best.-Nr. 821/8994 „Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

vom Vordruck-Verlag EDB, Freiberg/Sachsen, zur Verfügung bei der DNB benötigt.

Den Vordruck-Verlag EDB, Freiberg/Sachsen, sind bis 15. März 1957 Sammelbestellungen

a) den Räten der Bezirke, Alt. HuV, für die ihnen unterstellten Räte der Kreise, HO-Betriebe und Großhandelskontore für Lebensmittel, Obst und Gemüde;

b) von den Hauptverwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb für die ihnen unterstellten HO-Betriebe;

c) von den Verwaltungen der NL der Großhandelskontore für ihre Niederlassungen; und

d) Einzelbestellungen von den verbleibenden Z-Betrieben

für den Bedarf bis Ende 1957 zu übersenden. Bei Angabe von Verteilerschlüsseln zu a bis c) erfolgt die Lieferung und Rechnungslegung an die Handelsbetriebe.

**Jahresbestellungen der Standardvordrucke
beim Vordruck-Leitverlag EDB**

Den Groß- und Einzelhandelsbetrieben (GPK und HO) werden Ende Februar 1957 die Jahresbestellungen des Vordruck-Leitverlages EDB, Freiberg/Sa., Obersandt. Die Bestellungen sind dem Verlag bis zum 15. März 1957 zu übersenden. Für die Standardvordrucke II. EDB-Prelativen brauchen keine Jahresbestellungen erstellt werden. Für diese Vordrucke können jederzeit Aufträge erzielt werden.

**Finanzmeldungen für das Jahr 1957
(Staatlicher Einzelhandel)****Auf den Finanzmeldungen**

Teil I	Bestellnummer	820/89 957
" II	"	820/89 958
" III	"	820/89 959
" IV	"	820/89 960

ist im Genehmigungswerk der Statistischen Zentralverwaltung für Statistik ein Druckfehler enthalten.
Es heißt nicht „befristet bis 31. 1. 1957“, sondern befristet bis 31. 1. 1958.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S**L. Anweisungen**

Nr. 14/57 — Vertragsaufhebungen für Motorräder	
Type ES 175 für das Jahr 1956	64

II. Preisleistung

Haushaltkühlschrank „Elektrokühler“	64
---	----

III. Mittelstellungen

Abrechnung des Teilstellungsgeschäfts	64
---	----

Anschaffung der Erstausrüstung von Koll aus Investitionskrediten	65
--	----

Genehmigung für Berichtserstattungen der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion	65
--	----

Beförderung von Lebensmitteln durch Fahrzeuge der Landkraftpost	65
---	----

Durchführung der Bedarfsforschung	66
---	----

Katalog „Technik im Handel“	66
-----------------------------------	----

Mittelnestellungen für die zu bildenden Transportgemeinschaften des Handels	66
---	----

Vergiftete Ausgaben der „Verfügungen und Mitteilungen“	67
--	----

Zu den Erläuterungen zur Arbeitskraftplanabrechnung (AQ/EH) im staatlichen Einzelhandel (HO) für das Jahr 1957	67
--	----

IV. Vordruckwesen

Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdokumente	71
---	----

Jahresbestellungen der Standardvordrucke beim Vordruck-Leitverlag EDB	72
---	----

Finanzmeldungen für das Jahr 1957 (Staatlicher Einzelhandel)	72
--	----

Beratungsber. Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: 60 VEB Deutscher Zeitungsverlag, Berlin 017, Mückeckirchstraße 17, Fernruf: 478411, Postleitziffer: 14 00 16 — Erstausgabewelle: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Basispreis: vierteljährlich 3,80 DM — Kleinauflage — 38 DM nur durch den Verlag zu bestellen — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 131/57 DDR — Druck: (14) Neue Deutschland, Berlin